

VIELFALT gemeinsam gestalten!

Zuhause.



Konzept zur Umsetzung
einer zukunftsfähigen
Integrationspolitik in der
Stadt Oldenburg

Übermorgenstadt Oldenburg.
Gut für Migranten.

Inhaltsverzeichnis

I. Leitbild zum Integrationskonzept „Toleranz“	10
II. Gestaltung der Integrationspolitik in der Stadt Oldenburg	12
1. Was heißt eigentlich Integration respektive Ausgrenzung?	12
2. Merkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	14
3. Sozioökonomische Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	23
3.1 Bildungsabschlüsse	23
3.2 Ausbildungssituation	24
3.3 Arbeitsmarktsituation	24
3.4 Armutsbetroffenheit	25
3.5 Zusammenfassung	26
4. Zentrale Handlungsfelder	30
4.1 Handlungsfeld Sprachförderung	30
4.2 Handlungsfeld Schule	39
4.3 Handlungsfeld Übergang Schule-Beruf	43
4.4 Handlungsfeld Arbeitsmarkt	48
5. Handlungsempfehlungen für weitere Bereiche	52
5.1 Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen	52
5.2 Gesundheit und Sport	52
5.3 Interkulturelle Öffnung der Regelangebote	56
5.4 Segregation im Stadtteil	58
5.5 Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements	60
5.6 Förderung einer Toleranzkultur – Bekämpfung von Rassismus	61
5.7 Erstellung eines Integrationsmonitors	65
5.8 Schaubild Beteiligungsgremien der Stabsstelle Integration	66

Herausgeber:

Stadt Oldenburg, Der Oberbürgermeister, Integrationsbeauftragte

Stand: Oktober 2010, Bildnachweise: www.pixelio.de, Stadt Oldenburg

Allgemeine Anfragen an die Stadt Oldenburg bitte an das ServiceCenter unter Telefon 0441 235-4444

Grußwort



Integration kommt vom lateinischen „integrare“ – was soviel bedeutet wie „ein Ganzes machen“ oder „eine Einheit formen“. Schon aus diesem

Grunde traf Bundespräsident Christian Wulff die richtige Entscheidung, als er sie in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit thematisierte. Der Feiertag bezieht sich zwar auf die Verständigung von Ost und West. Es greift mittlerweile aber zu kurz, wenn man unter „Einheit“ nur geographische Bezüge versteht. So wichtig diese Perspektive auch ist: Die Aufgabe, eine deutsche „Einheit“ zu schaffen, ist sehr viel komplexer. Sie umfasst nicht nur West und Ost oder Nord und Süd. Sie umfasst auch – und genauso sehr – das Miteinander verschiedener Nationalitäten, Kulturen, Religionen, Gesinnungen, Geschmäcker, Verhaltens- und Denkweisen. Eine Einheit werden wir erst dann, wenn die Menschen sich als Individuum im Kollektiv begreifen. Das heißt: Wenn sie ihren eigenständigen Charakter bewahren – und gleichzeitig die Normen und Werte der Gesellschaft akzeptieren und respektieren.

Bei der Integration geht es um das Gestalten unserer Gesellschaft – für eine friedliche gemeinsame Zukunft, zu der sich alle eingeladen fühlen sollen. Sie ist keine lästige Pflicht,

sondern eine willkommene Aufgabe, die Lust machen und Begeisterung wecken sollte. Deshalb müssen wir Integration so darstellen, wie sie wirklich ist: positiv, wertvoll, bereichernd. Und zwar für alle Beteiligten. Letztlich ist es eine simple Verschiebung von Verben. Unser Gedanke darf nicht sein: Wir müssen integrieren. Unser Gedanke muss sein: Wir dürfen integrieren. Und die Migrantinnen und Migranten sind herzlich eingeladen mitzugestalten.

Obwohl es in Oldenburg eine große Zahl von Initiativen und Projekten gibt, und obwohl viele Bürgerinnen und Bürger sich im Alltag tolerant verhalten, lohnt es sich, dieses Thema immer wieder zu betonen. Denn so viel wir auch tun: Genug ist es erst, wenn wir damit alle Teile der Bevölkerung erreichen – und wenn die gegenseitige Toleranz fest in der alltäglichen Normalität verankert ist. Und davon sind wir – so ehrlich müssen wir sein – auch in Oldenburg noch ein Stückchen entfernt. Das begreife ich aber nicht als Problem, sondern als interessante und attraktive Aufgabe. Und wir arbeiten bereits daran, sie zu lösen. Ende 2006 haben wir „Toleranz“ als eines von insgesamt nur vier Top-Themen für unsere Zukunftsstrategie definiert. Wir nehmen damit Bezug auf den US-Ökonomen Richard Florida. Er hat festgestellt, dass sich diejenigen Gesellschaften besonders gut entwickeln, in denen die Toleranz stark ausgeprägt ist. Davon abgesehen halte ich es für selbstverständlich, dass man allen Menschen eine möglichst umfangreiche gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb hat der

Rat der Stadt Oldenburg im Herbst 2010 – einstimmig – das ambitionierte Integrationskonzept beschlossen, das sie nun in den Händen halten.

Diese positiven Entwicklungen werden auch außerhalb der Stadt wahrgenommen. Es ist kein Zufall, dass in den vergangenen Jahren mehrere große Tagungen zum Thema Integration, wie zum Beispiel die Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten in Oldenburg, stattfanden. Zudem wurde die Stadt zum Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin nach Berlin eingeladen. Oldenburg gilt als vorbildlich. Ich bin sehr stolz darauf – und freue mich zusammen mit der gesamten Bevölkerung über unsere gemeinsamen Erfolge in diesem Bereich.

Darauf wollen und werden wir uns aber nicht ausruhen. Der individuelle Auftrag an jeden von uns, in unserem Denken und Handeln dazu beizutragen, dass unsere Gesellschaft ein lebenswerter Ort für alle sein kann, bleibt bestehen. Als Leitfaden unserer Bemühungen soll dieses Konzept dienen. Und ich bin sicher, es wird diese Funktion hervorragend erfüllen.

Wichtig ist nicht, woher wir kommen. Wichtig ist, wohin wir wollen. Nämlich: in eine gute – gemeinsame – Zukunft!

Prof. Dr. Gerd Schwandner
Oberbürgermeister

Vorwort

Vielfalt gemeinsam gestalten – Konzept zur Umsetzung einer zukunftsfähigen Integrationspolitik in der Stadt Oldenburg

Die Stadt Oldenburg entwickelt sich zunehmend zu einer Großstadt mit vielfältigen Kulturen und Lebensstilen. Historisch ist Oldenburg nicht zuletzt durch die Aufnahme von über 42.000 Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gastarbeiter in den 50er und 60er Jahren zu einer Großstadt geworden.

Geprägt wird die Internationalisierung der Stadt auch durch die Hochschulen mit ihren Studierenden aus dem Ausland. Die Erfahrungen klassischer Einwandererstädte wie London, Amsterdam oder Toronto zeigen, dass gerade in der Zuwanderung und Heterogenität einer Stadtgesellschaft ein enormes Potential für Entwicklungs- und Innovationsprozesse liegt. Integrationspolitik ist somit nicht nur als Sozialpolitik zu betrachten sondern als eine **zukunftorientierte Stadtentwicklungspolitik**. Dies erfordern nicht zuletzt auch die demographischen Entwicklungen in der Gesellschaft. Die Zuwanderungszahlen in Deutschland sind in den letzten Jahren rückläufig.¹ Inzwischen wird das Geburtendefizit nicht mehr durch Zuwanderung ausgeglichen. Dieser Prozess ist europaweit zu beobachten. Deutschland gehört zu den Ländern, in denen diese Entwicklung

besonders ausgeprägt ist (vgl. Abb. 1, Seite 6). Auch in Oldenburg kann ein Rückgang der Zuwanderung von ausländischen Staatsbürgern festgestellt werden (vgl. Abb. 2, Seite 7).

Städte, denen es nicht gelingt, auf diese demographischen Entwicklungen einzugehen und die Potentiale von Zuwanderern und ihren Kindern zu erkennen und zu fördern, werden langfristig stagnieren und im Wettbewerb mit anderen Kommunen nicht bestehen können. Es ist daher von enormer Bedeutung, welche Perspektive eine Stadt auf Zuwanderung hat und wie sie Integrationsprozesse gestaltet. Die wachsende kulturelle Vielfalt in Oldenburg sollte daher als eine Chance und positive Herausforderung für die Stadt betrachtet werden. Zugleich sollten gute Rahmenbedingungen für die Förderung der Potentiale aller Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen werden.



Die auf der Bundes- und Landesebene verabschiedeten Gesetze und Beschlüsse geben zwar die Rahmenbedingungen für Integrationsprozesse vor, aber ob Integration gelingt, wird im Wesentlichen durch die Bedingungen vor Ort, also in den Städten und Stadtteilen entschieden. Eine umfassende kommunale Integrationspolitik ist nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und des Erhalts eines friedlichen Zusammenlebens notwendig. Städte müssen sich im Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze kulturell öffnen und werden zunehmend nach ihrer Offenheit und ihrem Umgang mit verschiedenen Lebensformen beurteilt. Höherqualifizierte wählen ihren Lebensmittelpunkt vorrangig nach der Lebensqualität und einer toleranten Atmosphäre aus.

Die strukturelle Integration von Zuwanderern und ihren Kindern ist keine Frage, die dem

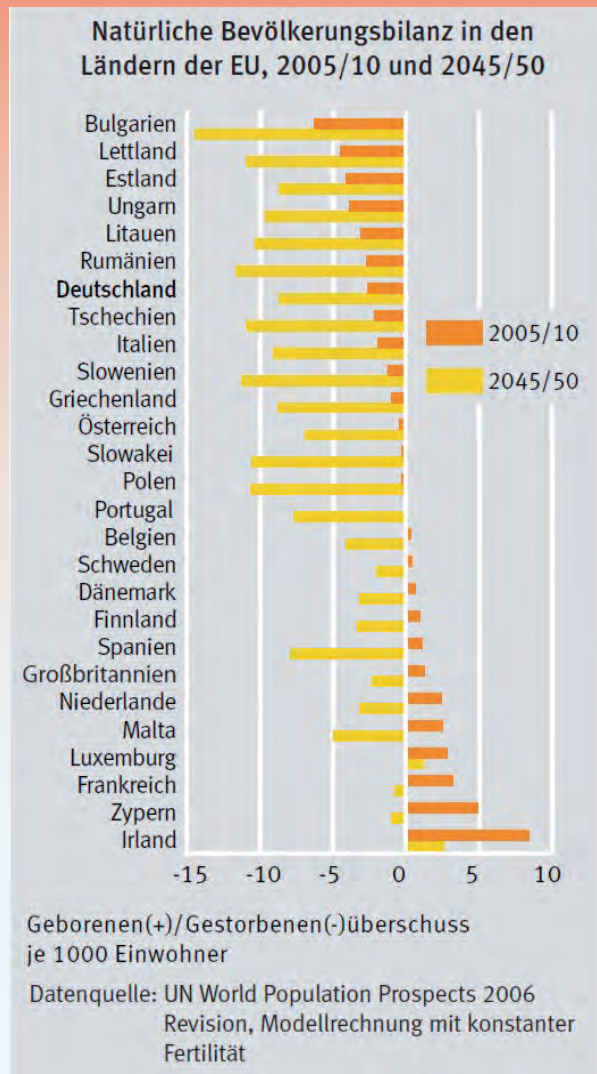
Zufall überlassen werden kann, sie muss strategisch geplant und als eine wichtige Querschnittsaufgabe von allen Fachressorts der Verwaltung berücksichtigt werden. Um den generellen Erfordernissen einer zukunftsfähigen Integrationspolitik zu entsprechen, ist mit der Einrichtung einer Stabsstelle für Integration, die direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet ist, ein sehr wichtiger Schritt vollzogen. Die Stabsstelle ist in verschiedene ressortübergreifende Arbeitskreise und Steuerungsgruppen eingebunden und ermöglicht somit die Vernetzung aller integrationsspezifischen Aufgabenstellungen und Maßnahmen. Zugleich kann mit einer Stabsstelle für Integration ein Perspektivenwechsel beim Thema Integration – hin zu einem **ressourcenorientierten Ansatz** – erreicht werden.

Das vorliegende Integrationskonzept hat vier Hauptbestandteile:

Es besteht erstens aus einem Leitbild für eine zukunftsfähige Integrationspolitik, zweitens aus einer Darstellung der sozioökonomischen Situation von Migranten und Migrantinnen (mit ausländischem Pass), drittens einer Bestandsaufnahme von Projekten, die bereits durchgeführt werden und viertens aus Handlungsempfehlungen für die Umsetzung von weiteren Maßnahmen. Die Handlungsempfehlungen werden auf der Grundlage der sozialstrukturellen Situation von Migranten und Migrantinnen formuliert und gliedern sich in zentrale und darüber hinausgehende Handlungsfelder.

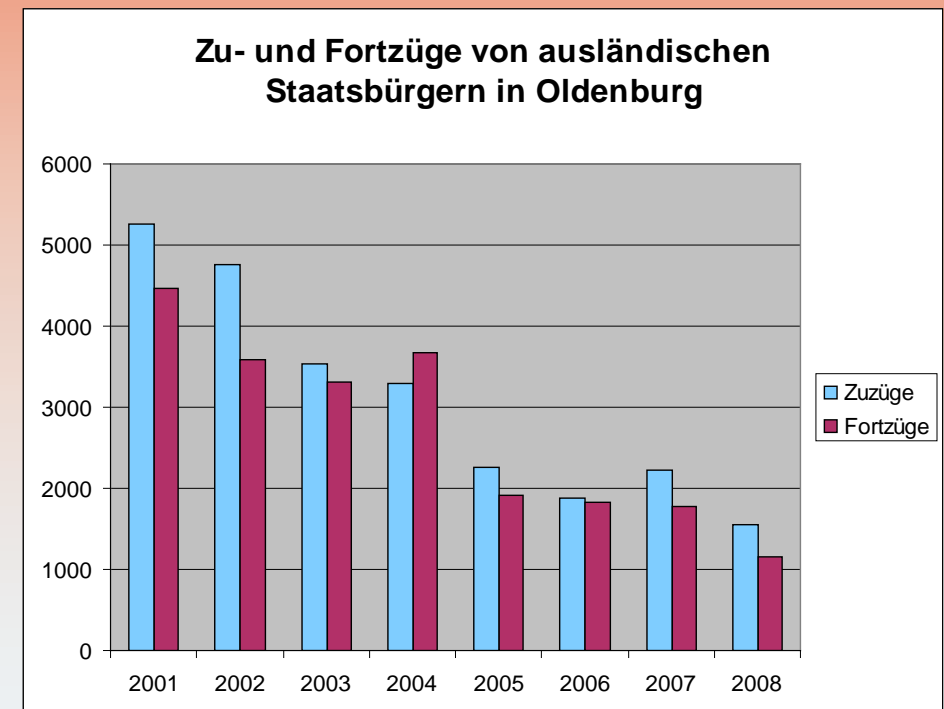
¹ Gegenüber dem Jahre 2007 ist die Zahl 2008 um 0,1 Prozent gesunken (-10.470 Personen) (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzahlen 2008).

Abbildung 1
Bevölkerungsbilanz in den Ländern der EU



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland, 2008

Abbildung 2:
Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsbürgern in der Stadt Oldenburg



Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, 2009

I Leitbild zum Integrationskonzept „TOLERANZ“

Das Leitbild setzt an dem Begriff „Toleranz“ an, der neben den Talenten und der Technologie eine der Säulen des Konzeptes der „Übermorgenstadt“ darstellt und die Stadtentwicklung nachhaltig prägen soll.

Zur Konkretisierung des Begriffes **TOLERANZ** für die zukünftige Integrationspolitik wird er als **Leitbild** wie folgt definiert:

Teilhabe

Die Kommunen müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Talente und die Potenziale **aller** gefördert werden. Diversity Mainstreaming ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Integrationspolitik. Es steht für einen bewussten und respektvollen Umgang mit Differenz und dafür, dass Benachteiligung von Personen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Alters etc. zu bekämpfen ist. Es dient nicht nur der Herstellung von Chancengleichheit, sondern schafft eine Anerkennungskultur und stärkt somit das Zugehörigkeitsgefühl aller Bewohner und Bewohnerinnen. Die Stadt Oldenburg setzt sich für eine Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus ein und unterstützt die Arbeit der Anti-Diskriminierungsstellen vor Ort.

Offenheit

Durchlässige Strukturen beim Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt und Flexibilität im Umgang mit Heterogenität sind die

Voraussetzungen für Integrationsprozesse von Minderheiten. Die Kommune hat bei Öffnungsprozessen eine **Vorbildfunktion**. Sie schätzt kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit und freut sich über Bewerber und Bewerberinnen, die dazu beitragen.² Darüber hinaus wirbt sie bei regionalen Arbeitgebern für die Potentiale von Beschäftigten mit Migrationshintergrund.

Leichtigkeit

Oldenburg hätte sich ohne Zuwanderung und die Vielfalt der Lebensstile nicht zu einer Großstadt entwickelt. Migration und Diversität sind kennzeichnend für Großstädte. Stadtentwicklung und Urbanität sind ohne Migrationsprozesse und einen toleranten Umgang mit vielfältigen Lebensstilen nicht denkbar. Als Kommune sehen wir die Vielfalt in Oldenburg als Chance und Potential und laden Minderheiten dazu ein, selbstverantwortlich zu partizipieren und sich zu engagieren. Minderheiten sollen in Handlungskontexten ihre soziale Identität selbst definieren dürfen und nicht unter den Assimilationsdruck einer dominanten Kultur gesetzt werden.

² Dies ist im Leitbild der Stadtverwaltung verankert.



Engagement

Integrationsarbeit ist ohne bürgerschaftliches Engagement nicht möglich. Zivilgesellschaftliches Engagement ist förderlich für das Bekenntnis zu den Werten des demokratischen Staatswesens. Ehrenamtliche mit und ohne Migrationshintergrund können Zuwanderern und ihren Kindern individuelle und flexible Hilfestellungen geben und Brückenfunktionen übernehmen. Die Stadt Oldenburg unterstützt daher das zivilgesellschaftliche Engagement von Ehrenamtlichen und setzt sich für ihre öffentliche Anerkennung ein.

der Migranten und Migrantinnen und ihrer Kinder ist nicht von Integrationsproblemen betroffen. Die Ursachen von Integrationsbarrieren müssen im Rahmen von Informations- und Bildungsveranstaltungen identifiziert und Veränderungsprozesse initiiert werden. Diese Form von Veranstaltungen möchte die Stadt in Zukunft verstärkt durchführen und dabei Migrantenorganisationen gezielt als Mitveranstalterinnen einbeziehen.

Akzeptanz

Identifikation mit der Stadtgesellschaft und interkulturelle Verständigung wird durch gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung erzeugt. Die Basis für alle Verständigungsprozesse ist die Orientierung an einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ein respektvoller wechselseitiger Umgang mit

Reflexion

Um Verständigungswege und Kooperationen zu schaffen, ist im sensiblen Feld des Integrationsdiskurses eine sachliche und reflektierte Auseinandersetzung notwendig, die sich an Fakten orientiert. Die Mehrzahl

unterschiedlichen Weltanschauungen. Diese Perspektive von Akteuren und Organisationen unterstützt die Stadt aktiv.

Neugierde

Neugierde für andere Kulturen ist eine wichtige Voraussetzung für Verständigungsprozesse. Sie stellt die Basis für alle Lern- und Bildungsprozesse dar. Das Interesse an anderen Kulturen sollte deshalb im Rahmen von (kulturellen) Bildungsangeboten für Kinder/Jugendliche und Erwachsene gezielt gefördert werden.

Zielstrebigkeit

Für die Integrationsarbeit ist es von elementarer Bedeutung, Ziele zu formulieren und anhand von messbaren Indikatoren Entwicklungsprozesse zu verfolgen und zu dokumentieren. Dies beinhaltet auch die Überprüfung der Effektivität von Maßnahmen und Projekten. Dies soll im Rahmen eines Integrationsmonitorings durchgeführt werden.

II Gestaltung der Integrationspolitik in der Stadt Oldenburg

Es existieren bereits gute Ansätze in Oldenburg, die die Verbesserung der Lebenssituation und Chancen von Menschen mit Migrationshintergrund beinhalten. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und der Gemeinwesenarbeit. Eine Bestandsaufnahme der sozioökonomischen Situation von Migranten und Migrantinnen verdeutlicht aber, dass in bestimmten Bereichen noch Handlungsbedarf besteht. Bevor im nächsten Abschnitt eine Übersicht über vorhandene Daten zur Sozialstruktur der ausländischen Bevölkerung bzw. Menschen mit Migrationshintergrund³ gegeben wird, soll zunächst auf den Integrationsbegriff eingegangen werden, der diesem Konzept zugrunde liegt.

1. Was heißt eigentlich Integration respektive Ausgrenzung?

Die Begriffe Integration und Ausgrenzung sind vielschichtig und je nach sozialem Kontext und Perspektive sehr unterschiedlich konnotiert. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund besteht, wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft auch, aus vielen heterogenen Milieus, in denen die Übergänge zum Teil fließend sind. Die Frage der Integration stellt sich für jeden anders, für viele

³ Ein Migrationshintergrund liegt dann vor, wenn mindestens ein Elternteil eine ausländische Herkunft hat und/oder in der Familie vorrangig eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird.

Menschen mit Migrationshintergrund stellt sie sich überhaupt nicht, da sie sich einen selbstverständlichen Platz in der Mitte der Gesellschaft gesichert haben. Die folgenden Dimensionen gelten als die wichtigsten im Integrationsdiskurs und finden sich auch im Bericht der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement⁴:

Strukturelle Integration

Sie beinhaltet den Erwerb von Rechten sowie einen gleichberechtigten Zugang zu Kernbereichen der Aufnahmegesellschaft: Bildungs- und Qualifikationssysteme, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und politische Gemeinschaft.

Kulturelle Integration

Um eine Mitglieds- und Partizipationsrolle überhaupt ausfüllen und Verständigung ermöglichen zu können ist das Erlernen der deutschen Sprache zentrales Ziel der kulturellen Integration. Gemeint ist damit aber auch eine Normenkenntnis und Verhaltenssicherheit in der Aufnahmegesellschaft.

Soziale Integration

Sie zeigt sich in sozialen Netzwerken, interethnischen Eheschließungen oder der Partizipation an Einrichtungen der Aufnahmegesellschaft, wie zum Beispiel Vereinsmitgliedschaften.



⁴ Vgl. <http://www.kgst.de>: KGSt-Materialien 2006, „Integrationsmonitoring“, M 2/2006 KGSt, S. 13 ff.

Identifikative Integration

Diese zeigt sich in persönlichen Zugehörigkeits- und Identifikationsgefühlen zur Aufnahmegesellschaft bzw. regionalen und/oder lokalen Strukturen.

Zwischen den verschiedenen Dimensionen bestehen Wechselbeziehungen, so ist die kulturelle Integration die Voraussetzung für alle anderen Dimensionen und sowohl die soziale als auch die identifikative Integration ist abhängig von der strukturellen Integration. Zusammenfassend ist Integration als ein sozialer Prozess zu verstehen, der sowohl durch die objektiven Lebensbedingungen und Teilhabechancen, die die aufnehmende Gesellschaft bietet, geprägt wird, als auch durch die subjektiven Voraussetzungen und Orientierungen, die beim Individuum selber vorliegen. Die Menschen sind nicht nur Opfer der Verhältnisse, sie tragen auch durch eigene Entscheidungen und Verhaltensweisen dazu bei, ob sie an den Rand der Gesellschaft geraten oder in deren Mitte. Wesentliches Ziel einer Integrationspolitik sollte es sein, positive Rahmenbedingungen für Teilhabe- und Partizipationschancen in den verschiedenen Bereichen zu schaffen.

Bei der Formulierung von Integrationszielen für Menschen, die einen ungesicherten Status haben (beispielsweise Asylbewerber und Geduldete) sind den Kommunen durch ausländerrechtliche Bestimmungen auf Bundes- und Landesebene Grenzen vorgegeben, dennoch sollte versucht werden, die gegebenen Handlungsspielräume so weitreichend wie möglich auszunutzen und diesem Personenkreis ausreichende Partizipations-

und Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Sprachförderung, Bildung und Beschäftigung.

2. Merkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Stadt Oldenburg hat einen Ausländeranteil von 6 Prozent (9.395). Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist mit 17,1 Prozent weitaus höher (vgl. Tab. 3, Seite 15). Dieser Anstieg ist insbesondere auf die jüngeren Bevölkerungsgruppen zurückzuführen. So kann der Kinder- und Jugendhilfestatistik 2007 entnommen werden, dass bei den Kindern im Alter von drei bis sieben Jahren in Kindertageseinrichtungen bereits 26 Prozent einen Migrationshintergrund haben. Der Anteil aller Kinder dieser Altersgruppe

mit Migrationshintergrund dürfte etwas höher sein, da nicht alle Migrantenkinder eine Kindertageseinrichtung besuchen (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres 2008).

Um den genauen Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an den Oldenburger Grundschulen zu erfassen, wurde im Sommer 2008 eine eigene Erhebung an den Schulen durchgeführt. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, dass bereits an 15 von 25 Grundschulen in Oldenburg der Migrantenanteil bei über 20 Prozent liegt. An vier Grundschulen hat etwa die Hälfte aller Schüler und Schülerinnen einen Migrationshintergrund.

In den statistischen Bezirken Oldenburgs ist eine unterschiedliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund festzustellen. Die Stadtteile Kreyenbrück, Krusenbusch,

Bloherfelde, Ohmstede und Blankenburg haben die höchsten Migrantenanteile (vgl. Tab. 6, Seite 15). In Blankenburg ist der überdurchschnittlich hohe Migrantenanteil auf die Zentrale Aufnahme und Ausländerbehörde des Landes Niedersachsen (ZAAB) zurückzuführen.

Eine Erhöhung des Migrantenanteils der Stadt Oldenburg wird mit der Auflösung der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde (ZAAB) durch das Land Niedersachsen einhergehen. Oldenburg muss bis Juni 2011 über 322 Flüchtlinge aufnehmen und entsprechend einer Verteilungsquote jährlich zusätzlich Flüchtlinge aufnehmen. Bislang war die Stadt von dem Aufnahmeverfahren durch die ZAAB freigestellt.

Die ausländische Bevölkerung Oldenburgs ist im Durchschnitt jünger als die Gesamtbevölkerung. Etwa die Hälfte der Bevölkerung mit ausländischem Pass lebt seit mehr als zehn Jahren in Oldenburg und über 67 Prozent haben einen unbefristeten und gesicherten Status. Die ausländischen Staatsangehörigen aus der Türkei, Polen, der Russischen Föderation, dem Irak und Italien stellen die größten Migrantengruppen dar (vgl. Tab. 4 bis 7, Seite 16ff).

Seit 1998 wurden insgesamt über 4.000 Migranten und Migrantinnen eingebürgert. Hier ist allerdings festzustellen, dass nach der Einführung des Sprachtests und des Einbürgerungstests 2007 die Einbürgerungsanträge auch in Oldenburg stark zurückgegangen sind. Zwischen 2007 und 2008 war bei den



Anträgen in Oldenburg ein Rückgang von 40 Prozent zu verzeichnen (vgl. Tab. 8, Seite 19). Ein Internationalisierungspotential für Oldenburg liegt im Anteil der ausländischen Studierenden. Dieser lag im Wintersemester 2008/2009 bei 8,4 Prozent und ist geringfügig gestiegen (vgl. Tab. 9, Seite 20). Bevorzugte Studienfächer der ausländischen Studierenden sind Wirtschaftswissenschaften, Germanistik, Elektrotechnik, Informatik und Musik. Den größten Anteil an den ausländischen Studierenden stellen mit über 10 Prozent die chinesischen Studierenden dar. Gefolgt von den russischen (etwa 8,5 Prozent), den Studierenden aus Polen (7,6 Prozent) und der Ukraine (6,3 Prozent). Erwähnenswert sind auch der Anteil der Studierenden aus dem afrikanischen Kamerun (etwa 4,3 Prozent) und der Anteil der US-Amerikaner (eben-

falls etwa 4,3 Prozent). Deutschland gehört nach den USA und Großbritannien zu den beliebtesten Studienstandorten, dennoch ist der allgemeine Trend des Rückgangs an Studienanfängern auch bei den Studierenden ausländischer Herkunft festzustellen.

Über die Green-Card-Regelung, die 2004 auslief und durch das neue Zuwanderungsgesetz ersetzt wurde, kamen nur sehr wenige höherqualifizierte Migranten und Migrantinnen nach Oldenburg. Auch nach 2004 spielten Höherqualifizierte bei den Neuzuwanderern keine nennenswerte Rolle. Um dem in Oldenburg steigenden Bedarf an höherqualifizierten Fachkräften gerecht zu werden, ist auch hier ein Anstieg der Zuwanderungszahlen notwendig.



Abbildung 3
Einwohner mit Migrationshintergrund
31.12.2009 in den Statistischen Bezirken

Statistischer Bezirk (siehe Tab. 0205)	Einwohner gesamt (eigene Einwohnerdatei)	Einwohner mit Migrationshintergrund	Anteil in %
0	1	2	3
1	11.446	ca. 1.200	10,50%
2	12.118	ca. 1.300	10,70%
3	12.328	ca. 1.700	13,80%
4	11.678	ca. 1.900	16,30%
5	35.821	ca. 6.700	18,70%
6	29.662	ca. 4.000	13,50%
7	12.740	ca. 2.200	17,30%
8	1.488	ca. 600	40,30%
9	30.213	ca. 7.300	24,20%
Gesamt	157.494	26.900	17,10%

Quelle: Fachdienst Stadtinformation und Geodaten, eigene Berechnungen

Abbildung 4
Geschlechts- und Altersstruktur der
Bevölkerung mit ausländischem Pass

Niedersachsen Bezirk*, Kreis*	Ausländische Bevölkerung						
	Insgesamt	Männlich			Weiblich		
	1	2			3		
403 Oldenburg(Oldb),Stadt	9449	4862			4587		
Altersgruppen ... bis unter ... Jahre	Ausländische Bevölkerung						
	Ins- gesamt	Aufenthaltsdauer ... bis unter ... Jahr(e)					
		0 - 1	1 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 u.m.
	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	9449	835	1344	872	907	789	4702
0 - 15	1161	133	254	160	147	155	312
15 - 20	629	116	62	25	48	47	331
20 - 25	899	219	237	82	51	44	266
25 - 30	1300	171	313	241	186	98	291
30 - 50	3671	161	413	310	382	362	2043
50 - 65	1252	24	49	40	72	62	1005
65 und mehr	537	11	16	14	21	21	454

Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen
Ausländische Bevölkerung in Niedersachsen, 31.12.2008

Abbildung 5
Ausländer nach Nationalität 2002 - 2008 - nach Anzahl
der am häufigsten vertretenen Nationalität

Land	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008		
							insges.	männl.*	weibl.
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Türkei	2.472	2.403	2.164	2.137	2.058	1.991	1.935	1.025	910
2. Polen	546	529	643	715	818	843	742	307	435
3. Irak	389	409	402	445	450	482	572	336	236
4. Russische Föderation	386	414	434	478	487	500	512	202	310
5. Italien	340	352	312	315	315	321	314	222	92
6. Libanon	226	217	193	228	250	268	275	189	86
7. Niederlande	239	245	244	242	242	244	249	129	120
8. Ukraine	231	243	242	247	237	233	208	65	143
9. Iran	447	356	270	281	250	219	201	129	72
10. Vietnam	136	147	138	164	161	171	189	99	90
11. Serbien	220	183	93	90
12. Großbritannien und Nordirland	203	196	183	185	185	180	166	87	79
13. Vereinigte Staaten von Amerika	233	241	176	172	158	165	162	89	73
14. Griechenland	186	181	153	157	157	159	154	96	58
15. Frankreich	140	147	130	137	137	147	141	50	91
16. Rumänien	55	61	79	115	115	139	141	75	66
17. China	368	226	196	188	157	154	138	63	75
18. Kasachstan	142	132	122	135	136	133	133	69	64
19. Spanien	144	147	128	131	131	125	129	65	64
20. Österreich	124	119	108	105	105	114	119	64	55

Quelle: Ausländerzentralregister (AZR), ausgewertet durch Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Nds. (LSKN)

Abbildung 6
Aufteilung des Ausländeranteils nach statistischen Bezirken

Statistischer Bezirk	Ausländeranteil in %
Bezirk 1	4,8
Bezirk 2	4,7
Bezirk 3	5,7
Bezirk 4	7,0
Bezirk 5	6,6
Bezirk 6	4,4
Bezirk 7	5,0
Bezirk 8	34,7
Bezirk 9	7,5

0205 Die 9 statistischen Bezirke der Stadt Oldenburg	
Bezirk	Ortsteilangabe
1	Zentrum, Dobben, Haarenesch, Bahnhofsviertel, Gerichtsviertel
2	Ziegelhof, Ehnern
3	Bürgeresch, Donnerschwee
4	Osternburg, Drielake
5	Eversten, Hundsmühler Höhe, Thomasburg, Bloherfelde, Haarentor, Wechloy
6	Bürgerfelde, Rauhehorst, Dietrichsfeld, Flugplatz, Ofenerdiek, Nadorst
7	Etzhorn, Ohmstede, Bornhorst
8	Neuenwege, Kloster Blankenburg
9	Kreyenbrück, Bümmerstede, Tweelbäke West, Krusenbusch, Drielakermoor

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2009, Stadt Oldenburg

Abbildung 7
Aufteilung der Bevölkerung mit ausländischem Pass nach Aufenthaltsstatus (31.12.2009)

EU-Bürger	rund 2.600
Niederlassungserlaubnis (unbefristetes Aufenthaltsrecht)	rund 3.350
Aufenthaltserlaubnis (befristetes Aufenthaltsrecht)	rund 2.750
geduldete Personen	rund 85
Asylbewerber (Erst- und Folgeantrag)	rund 80

Quelle: Ausländerbüro Stadt Oldenburg, 2009

Abbildung 8
Entwicklung der Anzahl gestellter Einbürgerungsanträge

2000	01.01. - 31.12.2000:	501
2001	01.01. - 31.12.2001:	367
2002	01.01. - 31.12.2002:	397
2003	01.01. - 31.12.2003:	465
2004	01.01. - 31.12.2004:	481
2005	01.01. - 31.12.2005:	388
2006	01.01. - 31.12.2006:	423
2007	01.01. - 31.12.2007:	342
2008	01.01. - 31.12.2008:	199
2009	01.01.-31.12.2009:	201
2010 (Hochrechnung)	01.01.-31.12.2010:	270

Quelle: Ausländerbüro Stadt Oldenburg, 2009

Abbildung 9:
Ausländische Studierende an der Carl von Ossietzky Universität
Oldenburg, Wintersemester 2000/2001
bis Wintersemester 2008/2009

Semester	Studierende			darunter Ausländer/innen		darunter Studienanfänger im 1. Fachsemester
	Summe	männlich	weiblich	absolut	%	
0	1	2	3	4	5	6
WS 00/01	11.279	5.402	5.877	662	5,9	2.220
SS 01	10.772	5.170	5.602	683	6,3	518
WS 01/02	11.896	5.625	6.271	761	6,4	2.606
SS 02	11.278	5.942	5.336	801	7,1	571
WS 02/03	12.250	6.600	5.650	871	7,1	2.656
SS 03	10.861	4.928	5.933	867	8,0	351
WS 03/04	12.094	5.482	6.612	892	7,4	2.591
SS 04	11.574	5.247	6.327	873	7,5	467
WS 04/05	12.091	5.465	6.626	934	7,7	1.972
SS 05	11.223	5.076	6.147	883	7,9	156
WS 05/06	11.557	5.220	6.337	892	7,7	1.725
SS 06	10.604	4.798	5.806	856	8,1	141
WS 06/07	11.196	4.939	6.257	870	7,8	2.101
SS 07	10.223	4.578	5.645	834	8,2	254
WS 07/08	10.593	4.712	5.881	852	8,0	2.288
SS 08	9.464	4.213	5.213	802	8,5	244
WS08/09	9.956	4.404	5.552	839	8,4	2.683

Quelle: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

3. Sozioökonomische Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die alte migrationssoziologische Annahme, dass Integrationsprozesse spätestens in der zweiten Generation abgeschlossen sind, konnte in der Realität nicht bestätigt werden. Nicht zuletzt durch die PISA-Ergebnisse ist bekannt, wie groß der Bildungsunterschied zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ist. Auch die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation zeigt deutliche Diskrepanzen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.

Ein guter Teil der Integrationsprobleme von Migranten beruht auf mangelnder Teilhabe an Bildung und am Arbeitsmarkt und nicht auf kulturellen Unterschieden. Die Frage der Integration von Migranten überschneidet sich somit stark mit den Fragen der sozialen Spaltung in der Gesellschaft. Für eine nachhaltige Integrationspolitik muss demzufolge sozialen Spaltungen im Bildungssystem, auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt entgegenwirkt und die Teilhabechancen für alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen verbessert werden.

Wesentliche Indikatoren für die sozialstrukturelle Integration von Migranten und Migrantinnen sind die erreichten Bildungsabschlüsse, die Arbeitsmarktsituation und die Armutsbetroffenheit. Auf diese Merkmale soll im Folgenden eingegangen werden.⁵

3.1 Bildungsabschlüsse

Der wachsende Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund ist insbesondere an den Grundschulen festzustellen. Obwohl die meisten Kinder mit Migrationshintergrund in Oldenburg geboren sind, können hinsichtlich des Bildungserfolges große Diskrepanzen zu Kindern ohne Migrationshintergrund festgestellt werden. Die ungünstigen Ausgangsbedingungen nach den Grundschulen setzen sich bei den meisten Schülern und Schülerinnen mit ausländischem Pass fort, so dass nur wenige die Hochschulreife erlangen. Nach den jüngsten Statistiken für Oldenburg erreichen lediglich 11,3 Prozent der ausländischen Schüler und Schülerinnen die Hochschulreife. Dieser Anteil liegt insgesamt im städtischen Durchschnitt bei 34,8 Prozent. 25,5 Prozent der ausländischen Schüler und Schülerinnen erreichen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Dieser Anteil liegt im gesamten städtischen Durchschnitt bei 7,8 Prozent.

Insgesamt ist in den letzten Jahren keine wesentliche Verbesserung der Schulerfolgsquoten in Oldenburg festzustellen (vgl. Abb. 10 und 11, Seite 25).

⁵ In den folgenden Sozialstrukturdaten können nur Statistiken von Migranten und Migrantinnen wiedergegeben werden, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben, da Kennzahlen nach Migrationshintergrund, die auch die bereits eingebürgerten Migranten einbeziehen, nicht vorliegen.

3.2 Ausbildungssituation

Aufgrund der schlechteren Bildungsabschlüsse haben Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich ungünstigere Ausgangsbedingungen für den Einstieg in den Berufsausbildungsmarkt. Der Berufsschulstatistik kann entnommen werden, dass die ausländischen Berufsschüler lediglich 2,4 Prozent aller Berufsschüler und –schülerinnen in Oldenburg ausmachen. Dies ist deutlich niedriger als der Anteil der ausländischen Bewerber und Bewerberinnen um einen Ausbildungsplatz, der 2007 bei 6,4 Prozent lag (dies entspricht in etwa auch dem Anteil der 15 bis 20-Jährigen an der ausländischen Bevölkerung in Oldenburg insgesamt).⁶

Auch wenn derzeit exakte Daten zur Ausbildungsbeteiligung von Migrant*innen mit Wohnsitz in Oldenburg nicht vorliegen, kann ausgehend von den Zahlen auf Bundesebene, von einer wesentlich niedrigeren Ausbildungsbeteiligungsquote ausgegangen werden. Aus dem ersten bundesweiten „Integrations-Indikatorenbericht“ geht hervor, dass in der Gruppe der 18- bis 21-Jährigen nur 23,9 Prozent eine Ausbildung absolviert haben. Bei der deutschen Vergleichsgruppe lag dieser Anteil bei 57,9 Prozent.⁷

3.3 Arbeitsmarktsituation

Die Arbeitslosenquote der ausländischen zivilen Erwerbspersonen war im Mai 2010 mit 21,9 Prozent deutlich höher als die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen



⁶ Vgl. LSKN-Online: Tabelle K3050111, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berichtsmonat September 2008 sowie Statistisches Jahrbuch Oldenburg 2008

⁷ Vgl. www.bundesregierung.de

⁸ Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes, Kreisreport, Mai 2010

die hohe Arbeitslosigkeit der ausländischen Bevölkerung zu benennen.

Insgesamt ist keine wesentliche Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Migranten und Migrantinnen in den letzten Jahren festzustellen.

3.4 Armutsbetroffenheit

Die schlechte Arbeitsmarktsituation der Migranten und Migrantinnen hat Auswirkungen auf ihre Armutsbetroffenheit. So lag 2008 bei der Gruppe der ausländischen Bevölkerung unter 65 Jahren der Anteil der Hilfsbedürftigen nach SGB II bei 34,6 Prozent. Im Vergleich dazu lag dieser Anteil bei der Gesamtbevölkerung der unter 65-Jährigen bei 13,8 Prozent. Die Armutsbetroffenheit der jüngeren Bevölkerungsgruppen ist deutlich höher: So lag bei der ausländischen Bevölkerung unter 15 Jahren der Anteil derer, die nach SGB II hilfsbedürftig sind, bei fast 69 Prozent. Bei der Gesamtbevölkerung der unter 15-Jährigen lag dieser Anteil bei 23,1 Prozent (vgl. Abb. 14, Seite 27).

Die Armutsbetroffenheit der Bevölkerung in Oldenburg ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Im regionalen Vergleich können bspw. in der Stadt Göttingen deutlich niedrigere Anteile an HartzIV-Bezieher*innen in der Bevölkerung festgestellt werden (ebd.). Die Hilfsbedürftigkeit nach SGB II ist nicht nur ein Indikator für die Armutsbetroffenheit der ausländischen Bevölkerung, sondern auch für das Einkommensniveau derjenigen, die über eine Beschäftigung verfügen. Hier ist davon

Erwerbspersonen, die bei 7,6 Prozent lag.⁸ Die Erwerbsquote der Migrantinnen ist deutlich niedriger als die der Migranten (vgl. Abb. 12 und 13, Seite 26).

Ähnlich wie bei den deutschen Arbeitslosen, sind die fehlenden Schul- und Berufsabschlüsse als die wichtigsten Ursachen für

auszugehen, dass viele in Segmenten mit einem sehr niedrigen Lohnniveau beschäftigt sind und somit ihr Lebensunterhalt durch SGB II-Leistungen aufgestockt werden muss. Gegenwärtig beziehen etwa 39 Prozent der erwachsenen ausländischen SGB II-Leistungsempfänger aufstockende Leistungen zum Lebensunterhalt.

3.5 Zusammenfassung

Hinsichtlich der Indikatoren Bildungsabschlüsse, Ausbildungs- und Arbeitsmarktbeziehung sowie Armutsbetroffenheit ist in Oldenburg eine große Diskrepanz zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung festzustellen. Es ist anzunehmen, dass sich diese Diskrepanz zu Herkunftsdeutschen nicht in dieser ausgeprägten Form zeigen würde, wenn auch die Strukturmerkmale der bereits eingebürgerten Migranten und Migrantinnen gesondert erhoben werden würden. Bei diesen ist in der Regel eine bessere Bildungsbeteiligung und eine bessere sozioökonomische Situation festzustellen (vgl. Mikrozensus 2005).

Dennoch muss für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von einem hohen Handlungsbedarf ausgegangen werden. Dies verdeutlichen auch die Aussagen von Experten und Expertinnen, die 2008 im Rahmen einer differenzierten Analyse interviewt worden sind. Es handelt sich hierbei um professionelle Akteure, die in verschiedenen Handlungsbereichen in den Stadtteilen Kreyenbrück,

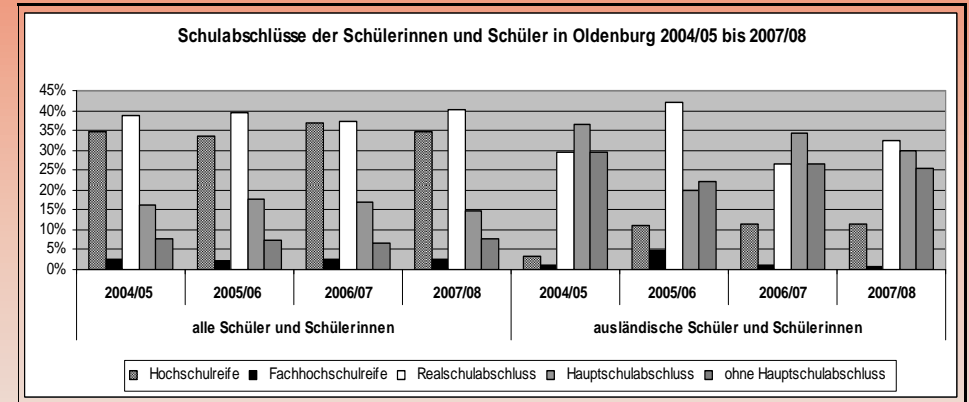
Ohmstede, Bloherfelde, Dietrichsfeld und Krusenbusch tätig sind.⁹

Diese Stadtteile wurden aufgrund ihres hohen Anteils an Migranten und Migrantinnen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen ausgewählt.

Zur Verbesserung der Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Migranten und ihren Kindern, muss in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt auf die Förderung ihrer Bildungs- und Arbeitsmarktpotentiale gelegt werden.

⁹ Die Ergebnisse der Interviews wurden in Stadtteilberichten gesondert festgehalten.

Abbildung 10
Bildungserfolg Schüler und Schülerinnen in Oldenburg



Quelle: Integrierte Berichterstattung Niedersachsen (IBN), 2008

Abbildung 11
Bildungserfolg im regionalen Vergleich
Bildungsabschlüsse AusländerInnen 2008

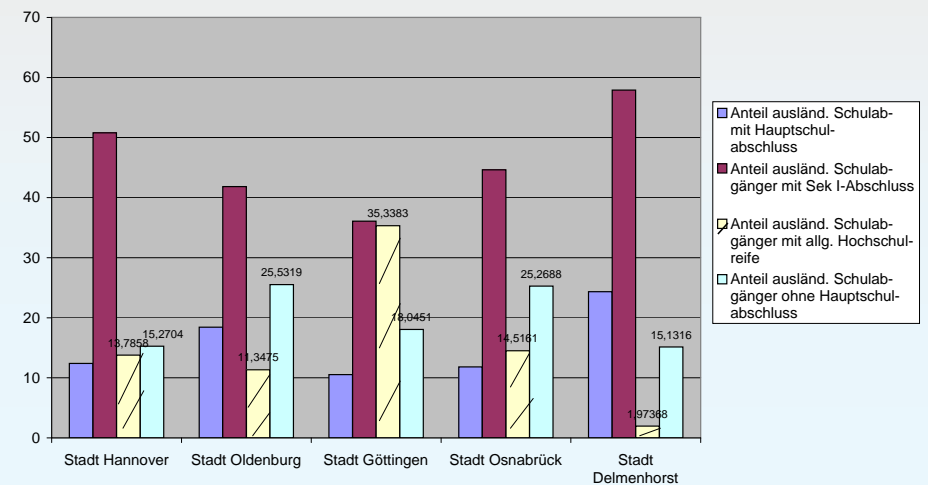


Abbildung 12
Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen, 2010

Eckwerte des Arbeitsmarktes

Agentur für Arbeit Oldenburg
Mai 2010

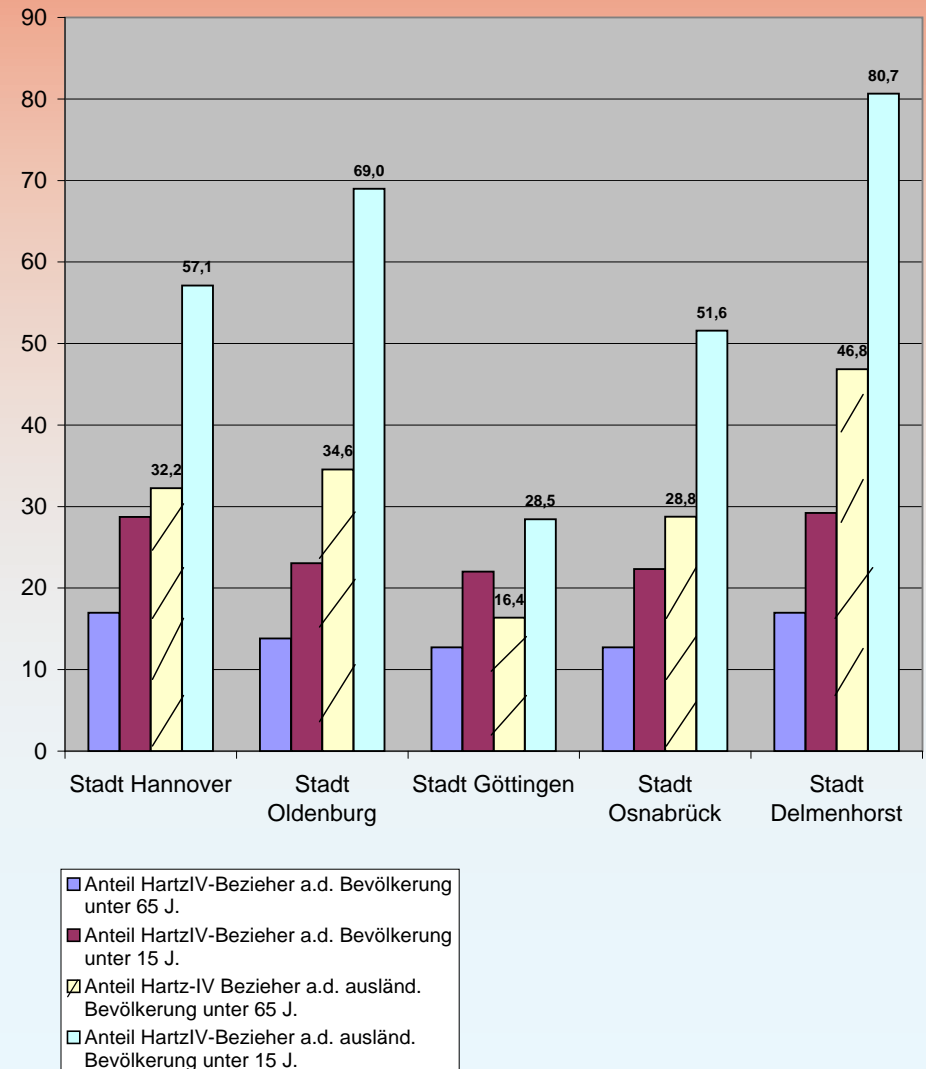
Merkmale	Mai 2010	Apr 2010	Mrz 2010
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle zivilen Erwerbspersonen	7,5	7,9	8,2
dar. Männer	7,5	8,0	8,6
Frauen	7,5	7,7	7,9
15 bis unter 25 Jahre	7,0	7,5	8,4
15 bis unter 20 Jahre	4,0	4,1	4,9
50 bis unter 65 Jahre	7,1	7,6	7,9
55 bis unter 65 Jahre	6,9	7,4	7,6
Ausländer	21,2	22,3	23,3
abhängige zivile Erwerbspersonen	8,3	8,8	9,2

Abbildung 13
Erwerbstätigenquoten Deutsche und Ausländer

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre), 2007		
		Erwerbstätigenquoten
Deutsche Frauen	67.068	47,9
Deutsche Männer	56.614	56,7
Ausländische Frauen	3.744	20,3
Ausländische Männer	4.299	48,5

Quelle: Eigene Berechnungen, Statistisches Jahrbuch 2008. Die Erwerbstätigenquote rechnet sich aus dem Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen am Arbeitsort an allen Personen im erwerbsfähigen Alter.

Abbildung 14
Anteil der SGB II- Empfänger im regionalen Vergleich 2008
Anteil SGB II-Bezieher 2008





4. Zentrale Handlungsfelder

Zur Verbesserung der Integrationschancen von Migrantinnen und Migranten ist ein besonderer Handlungsbedarf in den Bereichen Sprachförderung, Bildung, Übergang Schule-Beruf und Arbeitsmarkt notwendig.

Nicht ausreichende Sprachkenntnisse, niedrige Schulabschlüsse beziehungsweise fehlende Schulabschlüsse sind für die Integration in den qualifizierten Arbeitsmarkt und die ökonomische Unabhängigkeit dauerhaft hinderlich. Bessere Schulabschlüsse und die Integration in den Arbeitsmarkt sind die Voraussetzung für die Partizipation an der Gesellschaft und die identifikative Integration mit Oldenburg.

Dieser Abschnitt ist so aufgebaut, dass zunächst auf bereits durchgeführte Maßnahmen in dem jeweiligen Handlungsfeld eingegangen wird und im Anschluss daran weitere Empfehlungen formuliert werden.

4.1 Handlungsfeld Sprachförderung

Ausgehend von den Ergebnissen internationaler Bildungsstudien (zum Beispiel PISA) müssen als Ursache für die dargestellte schlechte Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oftmals die schlechte sozioökonomische Situ-

ation der Eltern angenommen werden. Vielen Migranteneltern fehlen die ökonomischen Ressourcen und die Kenntnisse, um ihre Kinder ausreichend unterstützen zu können. Darüber hinaus spielen defizitäre Deutschkenntnisse der Eltern eine bedeutende Rolle für ihre fehlende bzw. unzureichende Partizipation am Schulgeschehen. Das deutsche Bildungssystem setzt die Partizipation der Elternschaft an den schulischen Angelegenheiten der Kinder voraus. Daher ist zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder sowohl an den sprachlichen Kompetenzen der Kinder als auch der Eltern anzusetzen.

Sprachkurse für Migranten und Migrantinnen. Die Teilnahme an diesen „Integrationskursen“ beträgt ein Euro pro Unterrichtsstunde. Finanziell Bedürftige können sich von den Teilnahmegebühren befreien lassen. Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen müssen keinen Kostenbeitrag zahlen. Der Basis-Sprachkurs hat drei Kursabschnitte mit jeweils 100 Stunden Unterricht. Insgesamt werden bis zu 900 Unterrichtsstunden vom Bundesamt gefördert. Neben den Integrationskursen werden spezielle Alphabetisierungskurse angeboten.

In Oldenburg existieren derzeit sieben aktive Träger für Integrationskurse. Genaue Angaben zu den Kursträgern können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Bereits durchgeführte Maßnahmen

➔ Sprachförderung für Erwachsene (BAMF, Integrationskursträger).¹⁰

Seit dem 01.01.2005 fördert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) spezielle

Aktive Träger von Integrationskursen in Oldenburg					
Euro-Schulen Oldenburg Raiffeisenstraße 24 26122 Oldenburg Tel.: 0441/218400	IBIS e.V. Klävemannstraße 16 26122 Oldenburg Tel.: 0441/884016	Deutsche Angestellten- Akademie (DAA) Kaiserstraße 14 26122 Oldenburg Tel.: 0441/9253220	Ländliche Erwachsenen- bildung (LEB) Brookweg 28 26127 Oldenburg Tel.:0441/2051580	Volkshochschule Oldenburg Karlstraße 25 26123 Oldenburg Tel.:0441/9239150	WIS Cloppenburger Str. 9 26135 Oldenburg Tel: 0441/36119848 04484/948370
					Sprachwerkstatt Kamke, Friedrich- Ebert-Str.63 26125 Oldenburg 0441/3045930

¹⁰ Die Zuordnung zur jeweils zuständigen Institution/Behörde ist in Klammern aufgeführt.

Die Regionalkoordinatorin für die Integrationskurse im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist Frau Ute Leopold, Am Klostermarkt 70-80, 26135 Oldenburg, 0441/2060-420.

Die Sprachkurse finden sowohl in den Räumlichkeiten der Kursträger statt, als auch in den Gemeinwesenzentren beziehungsweise Jugendzentren in Bloherfelde, Kreyenbrück, Ohmstede, Dietrichsfeld und Krusenbusch.

Nach Angaben der Sprachkursträger werden die Sprachkurse von den Migrantinnen und Migranten bislang ausreichend in Anspruch genommen. Da es aber nach wie vor viele Migranten und Migrantinnen in Oldenburg gibt, die einen Sprachförderbedarf haben, gilt es diese noch besser zu erreichen. Die Sprachkursträger tun dies mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit und werden dabei durch die Stabsstelle Integration, die Gemeinwesenzentren, die ARGE Oldenburg und die Migrationsberatungsstellen unterstützt.

Ausblick

Zukünftig wird die Akquise von Kursteilnehmern und Teilnehmerinnen durch eine engere Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen, Schulen und Kindertagesstätten geschehen. Die Schulen werden im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen der Stabsstelle Integration mit der Landesschulbehörde, über die Integrationskurseangebote informiert, so dass sie Migranteneltern besser auf die Kursangebote aufmerksam machen können. Weitere Migranten und insbesondere Migran-

tinnen werden über Sprachkurse, die in den Räumlichkeiten von Migrantenorganisationen angeboten werden (wie dies beispielsweise in der Moschee der Türkisch-Islamischen Gemeinde Oldenburg möglich ist) erreicht.

→ Sprach-/Frühförderung für Migrantenkinder und –jugendliche (Amt für Jugend, Familie und Schule Oldenburg)

Defizitäre Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen sind ausschlaggebend für ihren mangelnden Bildungserfolg. Bereits bei den Einschulungsuntersuchungen führen nicht ausreichend vorhandene Sprachkenntnisse zu Rückstellungsempfehlungen. Wenn sprachliche Defizite im weiteren Bildungsverlauf

nicht behoben werden können, haben sie maßgeblichen Einfluss auf die Schulempfehlungen nach der Grundschule. Kinder mit Migrationshintergrund bekommen überproportional häufig, nach der Grundschule, eine Empfehlung für die Haupt- oder Förderschule. Obwohl Förderschulen nur für Schüler vorgesehen sind, die eine Behinderung aufweisen, landen (nach Aussagen von Lehrkräften von Förderschulen), nach wie vor, viele Migrantenkinder und –jugendliche, aufgrund von sprachlichen Defiziten, auf Förderschulen. Um dies zu verhindern, muss zum einen das Schulpersonal für die Fähigkeiten der Kinder mit Migrationshintergrund sensibilisiert und zum anderen die Sprachförderung von Migrantenkindern im Elementarbereich und im Primarbereich verbessert werden.

Für die Sprachförderung im Elementarbereich wurde unter der Beteiligung des Jugendamts Oldenburg von einem trägerübergreifenden Arbeitskreis gemeinsam mit den Sprachförderfachkräften und den Fachberatungen für Kindertagesstätten ein „Kommunales Konzept zur Sprachförderung“ erstellt und in einer gemeinsamen Sitzung mit den Leitungen der Kindertagesstätten im Januar 2009 verabschiedet. Die Zielgruppe der Sprachförderung sind Kinder aus Familien nichtdeutscher Herkunftssprache und Kinder aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Beratungsfachdienst	Träger	Anschrift der Beratungsstelle	Berater/-in	Telefon / Fax E-Mail	Sprechzeiten
Migrationserstberatung (Bundesprogramm)	 Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Oldenburg e.V.	Internationale Beratungsstelle Bahnhofplatz 2 a 26122 Oldenburg	Türkan Tolan	0441 9258335 0441 9258373 awo.tolan@web.de	Mo 9.00 - 12.00 14.00 - 16.00 Di 9.00 - 12.00 Do 9.00 - 12.00 und nach Vereinbarung
Migrationserstberatung (Bundesprogramm)	 Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Oldenburg-Stadt e.V.	Schützenhofstr. 83-85 26135 Oldenburg	Michelle Feye	0441 77933-50 0441 77933-55 m.feye@drk-ol.de	Mo 9.00 - 12.00 Mi 9.00 - 12.00 Do 14.00 - 16.30 und nach Vereinbarung
Jugendmigrationsdienst (Bundesprogramm)	 die-chancengeber.de Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.	Huntestraße 4 26135 Oldenburg	Christine Stawowski Ida Hense Siegfried Duchna	0441 17864 0441 14528 cjd.oldenburg@ewetel.net	Mo-Do 8.00 - 12.00 Mo-Do 13.00 - 16.00
Integrationsberatung (Landesprogramm)	 Diakonisches Werk der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg e.V.	Kastanienallee 9-11 26121 Oldenburg	Ulrich Schleppegrell	0441 97093-16 0441 97093-24 Ulrich.schleppegrell@diakonie-ol.de	Mo,Mi, Fr 9.00 - 12.30 Di 14.00 - 16.00

Hinweis:

Die vorgenannten Migrations- und Integrationsberatungsstellen sind eingebunden in das Netzwerk der Kooperativen Migrationsarbeit in Niedersachsen (KMN) und in diesem Zusammenhang Mitglied im Regionalverbund „Oldenburg“.

Seit 2003 nehmen aus dem Stadtgebiet Oldenburg Kindertagesstätten an dem vom Land geförderten Modellvorhaben zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache im Elementarbereich teil. Die Zahl der an der Sprachförderung beteiligten Kindertagesstätten ist in den letzten drei Jahren kontinuierlich von zunächst 17 auf 24 Einrichtungen für den Förderzeitraum 01.08.2009 bis 31.07.2010 angewachsen. Die vom Land für die Sprachförderung vorgesehene Summe betrug 2009 insgesamt 5,9 Millionen Euro. Die Stadt Oldenburg erhielt davon 142.850 Euro. Zusätzlich zu diesen Landesmitteln wurden 18.000 Euro an kommunalen Mitteln für Sprachförderung bereitgestellt. Die Sprachförderkräfte werden überwiegend einrichtungs- und trägerübergreifend eingesetzt.

Da bis zum 31. März eines Jahres beim Land die Angaben zur Gesamtzahl der Kinder mit Sprachförderbedarf vorliegen müssen, kommt es häufig vor, dass die tatsächliche Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die ab Sommer in einer Kindertagesstätte betreut werden und einen Sprachförderbedarf haben, vom ursprünglichen Stand (zum 31. März) abweicht. So erhält derzeit zum Beispiel eine mehrgruppige Einrichtung, in der 15 Kinder einen Sprachförderbedarf haben, etwa drei Sprachförderstunden wöchentlich. Auch kommt es durch diese Regelung vor, dass Einrichtungen gar nicht berücksichtigt werden können, obwohl sie eine entsprechende Anzahl von Kindern mit Sprachförderbedarf betreuen.

Ausblick

Durch die stetig steigende Zahl von Einrichtungen, die die Zuwendungskriterien erfüllen, haben wir in Oldenburg zunehmend die Problematik, dass in vielen Fällen das einzelne Kind nur einmal wöchentlich eine gezielte Sprachförderung durch eine Sprachförderkraft erhält oder aber gar keine Sprachförderung erhält. Daher ist erstens die Verschiebung der Antragsfrist beim Land vom 31. März auf den 15. Mai eines Jahres sehr wünschenswert, um eine bessere Ermittlung des Sprachförderbedarfs zu ermöglichen. Zweitens ist ein höheres Stundenkontingent an Sprachförderstunden notwendig, um Kinder mit Sprachförderbedarf besser fördern zu können. Ein Antrag auf die Erhöhung der vom Land bereitgestellten Mittel wurde bereits abgelehnt.

Daher ist die Erhöhung von kommunalen Mitteln für Sprachförderstunden notwendig.

→ **„Griffbereit“ und „Rucksack“ (Jugendamt Oldenburg)**

Angeregt durch die Förderung des Landes Niedersachsen mit Hilfe des Programmes „Familie mit Zukunft“, ist es der Stadt gelungen, seit 2007 die Projekte „Griffbereit“ und seit 2008 „Rucksack“ zu implementieren. Bei diesen Projekten handelt es sich um ein Sprachförderungs- und Elternbildungsprogramm für Familien mit Migrationshintergrund. Beides sind aufeinander bezogene Programme für Eltern mit 1-3 jährigen Kindern (Griffbereit) und 4-6 jährigen Kindern (Rucksack). Die Projekte werden in den Räumlichkeiten der Gemeinwesenzentren



durchgeführt. Bislang konnten die Kindertagesstätten mit einem hohen Migrantenanteil einbezogen werden. Durch „Griffbereit“ und „Rucksack“ konnten für viele Kinder im Elementarbereich die Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Sprache deutlich verbessert werden. Darüber hinaus konnten auch die Deutschkenntnisse der Eltern und ihre erzieherischen Kompetenzen verbessert werden. Auch konnten sich die Erzieherinnen interkulturelle Kompetenzen aneignen.

Ausblick

Die ARGE Oldenburg hat diese Projekte über 2 Jahre mit 50 Prozent der Personalkosten gefördert und damit die Landesmittel kofinanziert. Die Projekte sind über das Landesprogramm nur bis Ende 2011 gesichert.

Danach müssten für die Fortführung und Ausweitung der Projekte kommunale Mittel bereitgestellt werden. Da sich diese Projekte bislang erfolgreich bewährt haben, sollten sie nach Ablauf des Landesprogrammes fortgeführt werden.

→ **„KuL“- Krabbeln und Lernen (DRK Oldenburg)**

KuL ist ein Integrationsprojekt im Bereich der frühkindlichen Bildung, welches durch das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Oldenburg-Stadt e.V. im Rahmen der Migrationssozialarbeit ins Leben gerufen wurde. Das DRK führt dieses Integrationsprojekt in Zusammenarbeit mit der Gemeinwesenarbeit Bloherfelde durch. Mittels Sprach-, Bewe-

gungs- und Wahrnehmungsspielen werden Kinder frühzeitig aktiv bei ihrer Entwicklung unterstützt. Mit dem Projekt sollen die Grob- und Feinmotorik, das Gleichgewicht, die Koordination und das Sozialverhalten der Kleinkinder gefördert werden. Bis heute nehmen bis zu 16 Familien mit unterschiedlichem kulturellen und sprachlichen Hintergrund (tunesisch-arabisch, türkisch, russisch, polnisch, vietnamesisch, chinesisches, deutsch) aus einem Stadtviertel teil. Auf der Grundlage einer Mütterbefragung konnte festgestellt werden, dass sowohl die Mütter als auch ihre Kinder ihre Deutschkenntnisse verbesserten. Darüber hinaus konnten durch das Projekt nachbarschaftliche Hilfsstrukturen entwickelt werden.

Über das Kul-Projekt wurden die Familien auch an Freizeitangebote der GWA herangeführt. Bei schwierigen Problemen erfolgte auch eine Weiterleitung an die Migrationsberatung des DRK und an andere Fachberatungsstellen der Stadt Oldenburg. Das Kul-Angebot stellt eine optimale Ergänzung zu den Projekten „Griffbereit“ und „Rucksack“ und zu den bereits bestehenden Angeboten für Familien mit Kleinkindern dar. „Kul“ zielt auf die ganzheitliche Förderung der Familien und die Stärkung der nachbarschaftlichen Netzwerke.

Ausblick

Das Projekt wird seit Anfang des Jahres 2010 unter der Trägerschaft des Bewohnervereins „Wir für uns“ durchgeführt. Die Fortführung des Projektes konnte mit Unterstützung des



Bewohnervereins, von Stiftungsgeldern und städtischen Mitteln erreicht werden.

→ „Ein Stadtteil für starke Kinder“ in Oldenburg

Das Projekt „Ein Stadtteil für starke Kinder in Oldenburg“ richtete sich an Familien mit Migrationshintergrund in den Oldenburger Stadtteilen Krusenbusch und Bümmerstede. Die Zielgruppe war heterogen hinsichtlich

ihrer Herkunft, ihrer Sprachkenntnisse und ihrem Bildungsgrad.

Die Eltern wurden gezielt früh einbezogen, um schon vor dem Eintritt in den Kindergarten Bildungs- und Entwicklungsdefizite vorzubeugen. Ein weiteres Ziel war es, die Isolation der Eltern, speziell der Mütter, im Stadtteil aufzubrechen und ihren Aktionsraum zu erweitern. Als zentrales Instrument ist ein stabiles, engmaschiges Netz von Maßnahmen und Unterstützungsstrukturen für Familien

aufgebaut worden. Dreh- und Angelpunkt des Frühfördernetzes war die Jugendfreizeitstätte „Frisbee“ der Arbeiterwohlfahrt KV Oldenburg Vechta e.V. im Stadtteil Bümmerstede. Sie ist die erreichbare Anlaufstelle für Eltern und Kinder. Dadurch konnte auf aktuelle Anforderungen, zum Beispiel Kursangebote oder Elternbesuche, Schülerpatenschaften kurzfristig reagiert werden. Die Integrationsbeauftragte stand im Austausch mit der Lenkungsgruppe des Projektes.

Ausblick

Das Projekt wurde durch Mittel des Niedersächsischen Instituts für Frühkindliche Bildung und Entwicklung (NIFBE) bis August 2010 gefördert. Bedauerlicherweise konnten zur Fortführung des Projektes bislang keine weiteren Mittel akquiriert werden.

→ Konzept „Familienfreundliche Stadt Oldenburg“ (Jugendamt Oldenburg)

Das Konzept beinhaltet viele Maßnahmen, von denen auch die Verbesserung der Bildungssituation von Migrantenkindern und Jugendlichen zu erhoffen ist. Hier ist insbesondere der **Ausbau von Kindertagesstättenplätzen** zu erwähnen. Dadurch besteht auch für mehr Kinder mit Migrationshintergrund die Möglichkeit vor der Einschulung eine Krippe und/oder einen Kindergarten zu besuchen. Aus vielen Studien ist bekannt, dass sich die Frühförderung positiv auf die sprachlichen Kompetenzen und auf den Bildungserfolg auswirkt. Erfreulich ist in diesem Zusam-

menhang festzustellen, dass die Kindertagesstätten von Migranteneltern sehr gut und gerne in Anspruch genommen werden. Derzeit besuchen über 90 Prozent aller 3 bis 6-Jährigen in Oldenburg einen Kindergarten. Aufgrund dieses hohen Anteils ist davon auszugehen, dass darunter auch sehr viele Kinder mit Migrationshintergrund sind. Wenn mehr Krippenplätze geschaffen werden könnten, ist davon auszugehen, dass auch bei den unter Dreijährigen mehr Migrantenkinder vom Krippenangebot profitieren würden.

Für den Bereich der Sprach- und Frühförderung werden, neben den genannten Projekten, die folgenden gemeinsamen Maßnahmen der Stabsstelle Integration und des Jugendamts Oldenburg durchgeführt. Diese sollen die Tätigkeit der Sprachförderkräfte unterstützen, nicht jedoch ersetzen:

- Pädagogik-Studierende der Universität Oldenburg werden den Kindertagesstätten als Praktikanten und Praktikantinnen vermittelt und erteilen, nach einer kurzen Einführung in die Methoden der Sprachförderung, über einen längeren Zeitraum regelmäßig Sprachförderung.
- Erzieherinnen und Erzieher werden Fortbildungen in Sprachfördermaßnahmen angeboten, so dass insbesondere in den Kindertagesstätten, die einen sehr hohen Migrantenanteil haben und über eine Drittkraft verfügen, Erzieherinnen in der Lage sind, gezielte Sprachförderung zu erteilen.
- Ehrenamtlichen, die sich im Bereich der Sprachförderung engagieren möchten, soll die Möglichkeit gegeben werden, in Kindertagesstätten kleinen Gruppen Sprachförderung zu erteilen.



4.2 Handlungsfeld Schule

Bereits durchgeführte Maßnahmen:

→ **Schulkindbetreuung (Amt für Jugend, Familie und Schule Oldenburg)**

Grundschulen spielen im Schulverlauf eine zentrale Rolle. Die wichtigsten Weichen werden im Grundschulalter gelegt. Kinder mit Migrationshintergrund haben häufig einen zusätzlichen Förderbedarf. Dieser zusätzliche Förderbedarf kann an vielen Grundschulen nicht erfüllt werden. Aber auch von den außerschulischen Förderangeboten (zum Beispiel Hortbetreuung, Hausaufgabenhilfe) können nicht alle Kinder aus bildungsbenachteiligten Schichten profitieren.

Ausblick

Die Schaffung von neuen Hortplätzen in benachteiligten Stadtteilen könnte den bisherigen Bedarf an Betreuungsplätzen für Schulkinder, insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen nicht decken. Erforderlich wäre in diesem Zusammenhang auch die Einrichtung von mehr Ganztagschulen im Primarbereich. Diese können den Bedürfnissen der Kinder aus den bildungsbenachteiligten Schichten besser gerecht werden.

Im Rahmen von Ganztagschulmodellen kann durch eine enge Verzahnung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe mit den Angeboten der Schulen und anderen Bildungsträgern erstens die Bildungschancen von allen Kindern verbessert und zweitens die Schulkindbetreuung optimiert werden. Die Ziele,

die im Rahmen des Projektes „Weiterentwicklung der Oldenburger Bildungslandschaft“ verfolgt werden, entsprechen auch den Bedürfnissen vieler Migrantenkinder und ihrer Familien, weshalb die Integrationsbeauftragte als Mitglied der Lenkungsgruppe konzeptionell in das Projekt eingebunden ist.

→ **Sprachförderklassen (Landesschulbehörde, Fachberaterin für interkulturelle Bildung/Sprachförderung, Stabsstelle Integration)**

Es existieren derzeit zwei Sprachförderklassen im Sekundarbereich. Zur Unterstützung der Sprachförderklassen arbeitet die Stabsstelle Integration eng mit dem zuständigen Dezernenten der Landesschulbehörde und der Fachberaterin für interkulturelle Bildung und Sprachförderung zusammen. Eine dritte Sprachförderklasse ist an der Haupt- und Realschule Osterburg eingerichtet. Darüber hinaus werden spezielle (außerschulische) Workshops für die Schüler und Schülerinnen der Sprachförderklassen durch die Stabsstelle Integration organisiert.

→ **Projekt Bildungspaten/Bildungspatinnen (Stabsstelle Integration, Agentur Ehrensache, VHS)**

Seit März 2009 sind im Rahmen des Projektes „Bildung für alle“ über 50 Bildungspaten und -patinnen ehrenamtlich aktiv für Kinder im Grundschulalter, die einen Unterstützungsbedarf in schulischen und außerschulischen Angelegenheiten haben. Diese betreuen

derzeit nur Kinder mit Migrationshintergrund. Die Bildungspaten und -patinnen leisten nicht nur den Kindern Unterstützung, darüber hinaus informieren sie die Eltern über das Schulsystem und führen Gespräche mit den jeweiligen Lehrern und Lehrerinnen.¹¹

Ausblick

Zweimal im Jahr werden weitere Bildungspaten und -patinnen ausgebildet und an benachteiligte Grundschulkindern vermittelt.

→ „Involve Parents – Improve School“ (Stabsstelle Integration, HS Kreyenbrück)

Das Projekt wird seit April 2009 an der Hauptschule Kreyenbrück durchgeführt. Es verfolgt die folgenden Ziele: 1. Die Entwicklung und Erprobung von Ansätzen und Materialien, die sich als Bausteine für schulspezifische Programme zur Elternarbeit eignen – insbesondere mit Migranteneltern 2. Die Stärkung der Erziehungskompetenzen von Eltern 3. Stärkung der interkulturellen Kompetenzen von Lehrern und Lehrerinnen.

Das Projekt wird durch die ARGE Oldenburg unterstützt. Für die Koordinierung des

¹¹ Neben diesem städtischen Projekt leisten ehrenamtliche Lesernhelfer und Helferinnen des Vereins Mentor e.V. und Studierende im Rahmen des Projekts „Balu und Du“ vom Kinderschutzzentrum Oldenburg wichtige Unterstützung für Kinder aus benachteiligten Familien.

Projektes an der Hauptschule Kreyenbrück wurde eine pädagogische Fachkraft mit Migrationshintergrund über eine SGB II Arbeitsgelegenheit eingestellt. Die pädagogische Fachkraft arbeitet eng mit den Lehrern und Lehrerinnen zusammen und wird im Rahmen des Projektes durch die Stabsstelle Integration betreut und unterstützt.

Ausblick

Das Projekt ist im Juni 2010 ausgelaufen. Die erarbeiteten Ansätze und Materialien sind zusammengestellt worden und können anderen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Vermittlungsarbeit der pädagogischen Fachkraft mit Migrationshintergrund hat sich an der Schule bewährt und wurde als sehr hilfreich empfunden.



Gemeinsam mit der pädagogischen Fachkraft wurden im Herbst 2010 die ersten Elternschulungen für Migranten und Migrantinnen durchgeführt. Durch die Elternschulungen sollen die Erziehungskompetenzen von Migranteneltern gestärkt werden. Auch sollen ihnen wichtige Informationen über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem vermittelt werden, damit sie ihre Kinder bei den Bildungs- und Berufsverläufen besser unterstützen können. In diesen Elternschulungen werden Migrantenorganisationen als Vermittler und Kooperationspartner eingebunden. Die Elternschulungen sollen in verschiedenen Stadtteilen stattfinden. Darüber hinaus werden in Kooperation mit Migrantenorganisationen im Rahmen des Projektes für Lehrer und Lehrerinnen interkulturelle Fortbildungen angeboten. Die Fortbildungsinhalte sollen für das Lehrpersonal

Orientierung in ihrer täglichen Arbeit mit Migrantenkindern und ihren Eltern bieten und ihre interkulturellen Kompetenzen stärken.

→ Projekt Schulabschluss (Amt für Jugend, Familie und Schule Oldenburg)

Um die Anzahl der Schulabgänger und -abgängerinnen ohne Hauptschulabschluss zu verringern, hat die ARGE Oldenburg mit dem Jugendamt als Träger zum 01.11.2008 für eine Laufzeit von drei Jahren ein Projekt aufgelegt, in dem jährlich 20 geeignete arbeitslose Akademiker nach einer Trainingsmaßnahme und einer Praxisphase in Jugendhilfeeinrichtungen Schüler und Schülerinnen der 7. bis 9. Klassen von Gesamt-, Haupt- und Förderschulen individuell begleiten und fördern sollen (Unterstützung beim Aufbau persönlicher Netzwerke, Anregung von Freizeitaktivitäten zur Stärkung sozialer Kompetenzen, Nachhilfe und Qualifizierung in Fördergruppen und in Einzelarbeit sowie Maßnahmen zur Sprachförderung). Im Jugendamt wurde eine Projektstelle eingerichtet, die das gesamte Projekt koordiniert, begleitet und evaluiert.

→ Projekt Schulabsentismus (Amt für Jugend, Familie und Schule Oldenburg)

Entsprechend einer Untersuchung des Schulamtes aus dem Jahre 2006 sind die Schulabsentismusquoten gerade an den Hauptschulen sehr hoch. Daher wurde in Trägerschaft des Jugendamtes eine Beratungs- und Kooperationsstelle Schulverwei-

gerung eingerichtet. Die Fachkraft ist zentraler Ansprechpartner für Schulabsentismus für die Kooperationsschulen, die Lehrkräfte, Eltern und Schüler/Schülerinnen und zugleich Schnittstelle zwischen Jugendhilfe, Schule und weiteren relevanten Institutionen und Einrichtungen.

Unter Beteiligung weiterer Hilfeeinrichtungen entwickelt und vermittelt sie Hilfsmaßnahmen und begleitet und koordiniert den Prozess der Umsetzung. Da der Umgang mit Schulverweigerung momentan in jeder Schule unterschiedlich und pädagogische Hilfeangebote für Schulverweigerer noch unzureichend entwickelt sind, wurde durch die Fachkraft ein einheitliches Handlungskonzept gegen Schulabsentismus entwickelt. Ziel ist es eher mit pädagogischen Mitteln als ordnungspolitisch vorzugehen und beim außerschulischen Lernort die Reintegration in die Schule nach etwa sechs Monaten.

Ausblick

Die Umsetzung des Handlungskonzeptes Schulabsentismus umfasst einen standardisierten Verfahrensablauf und die Einrichtung einer Fachberatung sowie eines außerschulischen Lernstandortes. Die Finanzierung des Handlungskonzeptes ist über 2010 nicht gesichert. Da insbesondere bei Jugendlichen mit ausländischem Pass ein hoher Anteil ohne einen anerkannten Schulabschluss zu verzeichnen ist (vgl. Abschnitt „Bildungsabschlüsse“) und die aufsuchende und individuelle Fachberatung auch ihren Bedürfnislagen entgegenkommen würde, **ist die Weiterfi-**



nanzierung dieses Projekt aus der Sicht der Stabsstelle Integration sehr zu befürworten.

Weitere empfohlene Maßnahmen

➔ **Verbesserung des Angebots an kooperativen und integrativen Schulformen**

Generell kann bezugnehmend auf internationale Vergleichsstudien (zum Beispiel PISA) für das Handlungsfeld Schule festgestellt werden, dass Kinder und Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Schichten an kooperativen und integrativen Schulformen bessere Chancen auf höhere Schulabschlüsse haben. Auch ist bei Migranteneltern in Oldenburg oftmals der Wunsch nach integrativen und koope-

rativen Schulformen festzustellen. Daher ist eine Verbesserung der Bildungssituation von Migrantenkinder in Oldenburg auch durch eine stetige Verbesserung des Angebots an kooperativen und integrativen Schulformen zu erwarten. Zudem lässt sich in diesen Schulformen die Stadtteilöffnung (Stadtteilschulen) besser realisieren.

4.3 Handlungsfeld Übergang Schule-Beruf

Die niedrige Ausbildungsquote von Jugendlichen aus Migrantenfamilien bzw. aus sozial schwachen Familien erfordert eine möglichst rasche Lösung des Problems. Die schlechte Ausbildungssituation der Jugendlichen

ist zum einen auf die niedrigeren Schulabschlüsse zurückzuführen, zum anderen aber auch eine Folge der schlechteren Zugangschancen. Weshalb für interkulturelle Öffnungsprozesse bei Betrieben und Firmen geworben werden muss.

Bereits durchgeführte Maßnahmen

➔ **Interkulturelle Öffnung (Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement, Stabsstelle Integration)**

Die Kommune übernimmt eine Vorbildfunktion für interkulturelle Öffnung und hat dies auch in dem Leitbild der Stadtverwaltung verankert. Es wird gezielt für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund geworben und bei Einstellungsverfahren die Mehrsprachigkeit und Bikulturalität als wichtige Kompetenz berücksichtigt. Derzeit haben 14 Prozent aller Auszubildenden in der Stadtverwaltung einen Migrationshintergrund.

➔ **„Weiterentwicklung der Oldenburger Bildungslandschaft“ (Amt für Jugend, Familie und Schule Oldenburg)**

Für eine generelle Verbesserung der Ausbildungssituation von Migrantenjugendlichen ist eine engere Zusammenarbeit von den Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Agentur für Arbeit, Jugendmigrationsdienst, Kompetenzagentur, Wirtschaftsförderung und örtlichen Wirtschaftsverbänden anzustreben. Die Kooperationsbeziehungen funktionieren zwar häufig bereits bei der konkreten Einzelfall-

Arbeit, aber erforderlich ist ein systematisches, abgestimmtes Vorgehen der verschiedenen Akteure auf kommunaler Ebene. Dies ist ein weiteres Ziel des Projekts „Weiterentwicklung der Oldenburger Bildungslandschaft“. Die Übergänge Schule-Ausbildung-Beruf sollen systematisch verbessert und Brüche in den Bildungsbiographien vermieden werden. Die Stabsstelle Integration ist konzeptionell auch in diesem Teilbereich des Projekts eingebunden.

Ergänzend zu dieser Maßnahme, hat die Stabsstelle Integration zur Beratung der Ausbildungssituation von Migrantenjugendlichen einen speziellen Arbeitskreis mit relevanten Akteuren und Entscheidungsträgern initiiert. Die Ergebnisse dieses Arbeitskreises sollen in das Projekt „Weiterentwicklung der Oldenburger Bildungslandschaft“ einfließen.

→ **Modellprojekt „Region des Lernens - Berufsbildende Schule als Leitstelle eines regionalen Qualifizierungsnetzwerkes“ (BBS 3)**

Im Rahmen des Modellprojekts wurde im Februar 2009 an den Berufsbildenden Schulen III eine Leitstelle „Regionen des Lernens“ eingerichtet. Die Leitstelle hat die Aufgabe, an der Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler mitzuwirken. Dazu führt sie Datenerhebungen als Entwicklungsreihe durch, erstellt sie einen regionalen Ausbildungs- und Arbeitsplatzatlas, ermittelt sie die Kompetenzerwartungen an Schülerinnen und Schüler von Seiten der Berufsbildung, gibt sie den allgemein bildenden

Schulen Hilfen, führt sie Abstimmungsprozesse zwischen Ausbildungsbetrieben sowie außerschulischen Kooperationspartnern und Schulen durch. Zur besonderen Berücksichtigung der Ausbildungssituation von Migrantenjugendlichen ist die Stabsstelle Integration als Mitglied eines Arbeitskreises konzeptionell in das Modellprojekt eingebunden und steht im regelmäßigen Austausch mit der Leitstelle. Auch sollen die Ergebnisse der Leitstelle in die Maßnahmen zur Optimierung des Übergangsmanagements im Rahmen des Projekts „Weiterentwicklung der Oldenburger Bildungslandschaft“ einfließen.

→ **Kompetenzagentur Oldenburg (BNW)**

Das Übergangsmanagement für noch nicht ausbildungsreife sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Abgängerinnen und Abgänger aus Haupt- und Förderschulen übernimmt in der Stadt Oldenburg die Kompetenzagentur. Hinter der Kompetenzagentur steht ein Netzwerk aus Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit, Jugendamt, BNW, Pro-Aktiv-Center (PACE), ARGE, den Kammern (IHK und HWK) und dem Jugendmigrationsdienst. Nach Berufswahlorientierung und Kompetenzfeststellung werden die jungen Menschen an das Pro-Aktiv-Center weitergeleitet.

→ **PACE: Pro Aktiv Center (Amt für Jugend, Familie und Schule Oldenburg)**

PACE vermittelt ALG II-Empfänger und die von der Kompetenzagentur übergeleiteten jungen Menschen an Betriebe in Ausbildung oder Praktika oder in Maßnahmen, die die jungen Menschen zur Ausbildungsreife befähigen sollen.

→ **Projekt „Jobpaten“ (Agentur :ehrensache)**

Die Agentur :ehrensache führt seit 2006 in Kooperation mit allen sechs Oldenburger Hauptschulen, der Helene-Lange-Schule, der Industrie- und Handelskammer, der Landwirtschaftskammer, dem Jugendamt und dem Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Oldenburg und der bundesweiten Initiative „Arbeit durch Management/Patenschaft“ das Projekt „Jobpaten“ durch. Etwa 100 aktive und ehemalige Berufstätige mit langjährigen Berufs- und Lebenserfahrung begleiten Hauptschüler und -schülerinnen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben und bei der Berufsorientierung. Kinder und Jugendliche sollen durch die Patenschaft Orientierungshilfe, Zuwendung und Förderung erhalten. 20 Prozent der durch Jobpaten und -patinnen betreuten Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund.



Ausblick

Es ist geplant, durch die gezielte Ansprache von erfolgreichen Migranten und Migrantinnen, die als Jobpaten und -patinnen eine positive Vorbildrolle für Jugendliche mit Migrationshintergrund einnehmen könnten, das Jobpatenprojekt für Migrant*innenjugendliche, noch besser zugänglich zu machen.

Weitere durchzuführende Maßnahmen

- Für einen besseren Zugang zu den Migrant*innenjugendlichen sollten im Rahmen von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten und der offenen Kinder- und Jugendhilfe (insbesondere in den Jugendfreizeitstätten) mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt werden, die zugleich auch eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen und eine Brücke zu dem Elternhaus der Jugendlichen aufbauen könnten.
- Systematische Berufsvorbereitung und -orientierung an den Schulen, die die Jugendlichen über ihre Stärken und Schwächen aufklären und somit das Risiko für Ausbildungsabbrüche senken können. Eine Schwerpunktlegung auf die Berufswahlorientierung an den Schulen (zum Beispiel ab der 8. Klasse) kann sich wie einige Beispiele zeigen, positiv auf den Übergang von der Schule in die Ausbildung auswirken. Im Zuge von engen Kooperationen mit Betrieben und Langzeitpraktika kann die Ausbildungsquote der Schulabsolventen erhöht

werden. Eine engere Zusammenarbeit der Schulen mit ortsansässigen Betrieben könnte auch dazu führen, dass der Unterrichtsstoff stärker auf die Anforderungen in den Einstellungstests abgestimmt wird und erste Kontakte mit Betrieben geknüpft werden.

- Die Einstellungs- und Auswahlverfahren von Betrieben und die damit einhergehenden speziellen sprachlichen Anforderungen können für Migrant*innenjugendliche eine hohe Hürde darstellen. Daher ist es wichtig, dass sie durch berufsspezifische Sprachförderangebote auf Bewerbungs- und Einstellungsverfahren gut vorbereitet werden. Dazu sollten u.a. die

vorhandenen Sprachförderangebote für Jugendliche weiter ausgebaut werden.

- Migrant*inelterne, hier insbesondere mit geringen Deutschkenntnissen, sind sich häufig der enormen Bedeutung von beruflichen Qualifikationen für die Integrationschancen ihrer Kinder auf dem Arbeitsmarkt nicht bewusst oder aber kennen sich nicht ausreichend mit dem deutschen Berufsbildungssystem aus. Aus diesem Grunde sind in den durchzuführenden Elternschulungen auch Kenntnisse über das deutsche Berufsbildungssystem zu vermitteln.
- Abbau von Vorbehalten gegenüber Migrant*innenjugendlichen bei Auszubildenden. Hierbei gilt es die Betriebe davon zu

überzeugen, dass die mit dem Migrationshintergrund der Jugendlichen verbundene Bikulturalität eine wichtige Ressource und Kompetenz für den Betrieb darstellen kann. Hilfreich können in diesem Zusammenhang auch Angebote der Konfliktmoderation sein, wenn Betriebe durch die Beschäftigung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund Konflikte im Betrieb befürchten.

- Aufbau von Projekten für schwer vermittelbare Jugendliche in den Stadtteilen. Diese Jugendlichen müssen noch intensiver durch niedrigschwellige, berufsvorbereitende Maßnahmen in den Einrichtungen vor Ort unterstützt werden. Dies kann beispielsweise im Rahmen von Profiling- und Bewerbungstrainingsworkshops geschehen.



4.4 Handlungsfeld Arbeitsmarkt

Die Partizipation am Arbeitsmarkt zählt neben den sprachlichen Kompetenzen und anerkannten Bildungsabschlüssen zu den zentralen Faktoren für erfolgreiche Integrationsprozesse. Erwerbstätigkeit ist nicht nur für die ökonomische Unabhängigkeit von Bedeutung, sie ermöglicht auch den Aufbau von sozialen Kontakten und stärkt das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft. Migranten und Migrantinnen sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit, geringer Beschäftigungsstabilität und Tätigkeiten, die am unteren Ende der Arbeitsmarkthierarchie angesiedelt sind, betroffen. Um diese Situation zu verbessern, werden die folgenden Maßnahmen durchgeführt.

Bereits durchgeführte Maßnahmen

➔ **Interkulturelle Öffnung der Kommune (Amt für Personal- und Verwaltungsmangement/Stabsstelle Integration)**

Wie im Ausbildungsbereich auch, strebt die Stadtverwaltung an, bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, den Anteil von Migranten und Migrantinnen zu erhöhen (siehe Hinweis auf Leitbild der Stadtverwaltung im Abschnitt 4.3). Bei den diesjährigen Neueinstellungen in der Stadtverwaltung hatten 14,4 Prozent einen Migrationshintergrund.

Insgesamt haben derzeit 4,5 Prozent der Beschäftigten in der Stadtverwaltung einen Migrationshintergrund. Im Vorjahr waren es noch 3,4 Prozent.¹²

Die Kommune möchte durch ein bewusstes Management von Vielfalt eine Vorbildrolle übernehmen.

- Gezieltes Anwerben von Migranten und Migrantinnen in Stellenausschreibungen,
- Anerkennung von interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit als objektives Qualifikationskriterium – insbesondere in sozialen Tätigkeitsfeldern, da diese den Zugang zu Migrantenfamilien verbessern können,
- Beteiligung der Stabsstelle Integration in Auswahlverfahren,



¹² Da die Stadt bei der Einstellung lediglich den Geburtsort und die Staatsbürgerschaft festhält, werden Menschen mit Migrationshintergrund, die per Geburt Deutsche sind und bei denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist, durch diese Zählung nicht erfasst.

- interkulturelle Kompetenztrainings für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Arbeit mit Migranten und Migrantinnen setzt besondere interkulturelle Kompetenzen voraus, über die insbesondere diejenigen, die in ihrem Berufsalltag regelmäßig mit Migranten und Migrantinnen zu tun haben, verfügen sollten beziehungsweise die sie sich aneignen sollten.¹³ Angestrebt wird deshalb, dass Kursangebote zur interkulturellen Kompetenz als Schlüsselqualifikation zu den obligatorischen Aus- und Fortbil-

- dungszielen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung gehören, gezieltes Anwerben von Migranten und Migrantinnen für Praktikas in den Ämtern und Fachdiensten.

Weitere geplante/empfohlene Maßnahmen

➔ **Sensibilisierung regionaler Arbeitgeber für interkulturelle Öffnungsprozesse (Stabsstelle Integration/Wirtschaftsförderung)**

Betriebe und Unternehmen müssen für die Potentiale und Ressourcen von Migranten und Migrantinnen sensibilisiert werden. Im Zuge einer Internationalisierung der Arbeitsmärkte ist es wichtig, ihnen bewusst zu machen, dass eine interkulturelle Belegschaft klare Wettbewerbsvorteile für sie bringen kann. Dazu werden zusammen mit der Wirtschaftsförderung Öffentlichkeitsveranstaltungen durchgeführt. In diese Veranstaltungen werden Unternehmen einbezogen, die gezielt Diversity Mainstreaming praktizieren und aus ihren Erfahrungen berichten könnten.

¹³ Gemeint ist damit die Bereitschaft und Fähigkeit zur Einfühlung in Menschen anderer kultureller und sozialer Herkunft, zur Relativierung der eigenen Sichtweise und die Neugierde und Offenheit gegenüber anderen Lebensweisen.

→ **Spezielle Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen (ARGE, Bundesagentur für Arbeit, Bildungsträger, Kammern, Stabsstelle Integration)**

Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sollten sich stärker an den Potenzialen der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund orientieren. Hierbei gilt es Verfahren und Möglichkeiten zu entwickeln, die an bereits vorhandene berufliche Qualifikationen bzw. Erfahrungen anknüpfen. Ähnlich wie bei den Migrant*innen Jugendlichen können darüber hinaus die Wettbewerbschancen von erwachsenen Migrant*innen durch spezielle berufsorientierte Sprachfördermaßnahmen erhöht werden.

→ **Informationsveranstaltungen zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und zu Existenzgründung (Stabsstelle Integration/Wirtschaftsförderung)**

Um die in Oldenburg vorhandenen Potentiale von Migrant*innen, die sich selbstständig machen wollen und dazu die Möglichkeit hätten, noch besser nutzen können, müssten sie gezielt beraten werden. Vielfach fehlt den Migrant*innen das Wissen über ihre eigenen Möglichkeiten. Dies gilt auch für die Anerkennung von Qualifikationen, die sie in ihren Herkunftsländern erworben haben. Die Regelangebote der Agentur für Arbeit, der Existenzgründungsberatungsstelle der Stadt und der Existenz-

gründungsagentur für Frauen (EFA) werden bislang nicht ausreichend von Migrant*innen und Migrant*innen in Anspruch genommen. Zur Verbesserung dieser Situation ist beabsichtigt, in Kooperation mit der ARGE Oldenburg Informationsveranstaltungen für Migrant*innen und Migrant*innen anzubieten.

Auch im Rahmen dieses Projektes würde mit Migrant*innenorganisationen kooperiert werden, da sie den Zugang zu den Migrant*innen und Migrant*innen herstellen und Multiplikatoren darstellen können.

Darüber hinaus könnten im Rahmen dieser Veranstaltungen zur Stärkung der bereits bestehenden ethnischen Ökonomie in Oldenburg, die Unternehmer und Unternehmerinnen dazu angeregt werden, einen Interessenverband zu gründen. Dieser Verband würde den Unternehmen die Plattform für einen Informationsaustausch und gegenseitige Unterstützung bieten.¹⁴ Auch könnten im Rahmen von Verbandsstrukturen Beratungsangebote der Stadt, der Agentur für Arbeit oder der Kammern von selbstständigen Migrant*innen und Migrant*innen besser in Anspruch genommen werden.

¹⁴ Positive Beispiele hierfür finden sich in Städten wie Berlin oder Köln.

→ **Niedrigschwellige Beratungs- und Vermittlungsprojekte im Stadtteil (ARGE, Bundesagentur, Bildungsträger, Stabsstelle Integration)**

Beratungs- und Vermittlungsangebote sollten niedrigschwellig und im Stadtteil angesiedelt sein. Migrant*innenorganisationen könnten in diese Angebote eingebunden werden. Ein gutes Beispiel für ein niedrigschwelliges Angebot im Stadtteil ist das Projekt „Patchwork“ im Stadtteil Bloherfelde. Migrant*innen werden im Rahmen dieses Projektes Fertigkeiten im Bereich des textilen Kunsthandwerks vermittelt. Die Produkte werden dann verkauft. Dieses Projekt wird durch die ARGE Oldenburg unterstützt. Ähnlich erfolgreich

ist das Projekt „Domik“ der Migrant*innenorganisation Forint e.V., das haushaltsnahe Dienstleistungen für bedürftige Migrant*innen und Herkunftsdeutsche anbietet.

Die Möglichkeiten zur beruflichen Integration von Migrant*innen und Migrant*innen durch niedrigschwellige Qualifizierungsmaßnahmen im Pflege- und Gesundheitsdienst sollten besser ausgeschöpft werden. Dies gilt insbesondere für den Berufseinstieg von Migrant*innen, die über keine anerkannten Qualifikationen verfügen und Interesse an einer Tätigkeit im Pflege- und Gesundheitsdienst haben.



5 Handlungsempfehlungen für weitere Bereiche

5.1 Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen

Die politische Partizipation und Repräsentanz von ethnischen Minderheiten ist für demokratische Gesellschaften von besonderer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die kommunale Ebene und für Gruppen, die durch das bestehende Kommunalwahlrecht ausgeschlossen werden. Migranten und Migrantinnen und ihren Vertretern sollten Möglichkeiten bereitgestellt werden, ihre Meinung und ihre Interessen zu äußern. Sie sollten in diskursive Prozesse einbezogen und mit ihnen auf „gleicher Augenhöhe“ diskutiert werden. Partizipationsmöglichkeiten stärken das Verantwortungsgefühl und die Identifikation mit dem Gemeinwesen.

Daher soll auf kommunaler Ebene ein politisches Gremium eingerichtet werden, in dem die Interessen von Migranten und Migrantinnen aber auch der Stadtentwicklung im Kontext von Integrationsprozessen eigenständig thematisiert werden. Wesentliches Ziel eines solchen Gremiums ist die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Stadtratsvertretern, den Migrantenvertretern und anderen in der Integrationsarbeit aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Verwaltung.

5.2 Gesundheit und Sport

Generell ist die Datenlage zur gesundheitlichen Situation von Migranten und Migrantinnen unbefriedigend. Dennoch kann auf der Grundlage von Daten auf Bundesebene davon ausgegangen werden, dass die gesundheitliche Lage von vielen Migranten und Migrantinnen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung häufig ungünstiger ist.

Durch das Jugendgesundheitsurvey „KiGGS – Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland“ des Robert Koch Instituts, sind erstmals genauere Hinweise auf die gesundheitliche Situation von Migrantenkindern ermittelt worden. Demnach weisen

Kinder mit Migrationshintergrund Defizite in den Bereichen Mundgesundheit, Ernährungsverhalten und Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen sowie ein häufigeres Übergewicht und vermehrte Unfallverletzungen auf. Jedoch sind sie seltener von chronischen und akuten Erkrankungen, Allergien und ansteckenden Kindererkrankungen betroffen als Kinder ohne Migrationshintergrund. Zudem weisen Kinder mit Migrationshintergrund ein höheres familiäres Wohlbefinden und einen geringeren Alkohol- und Tabakkonsum auf, als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Die vergleichsweise schlechtere gesundheitliche Situation von Migranten und Migran-

tinnen ist im Wesentlichen, wie bei den Herkunftsteutschen auch, auf die höhere Armutsbetroffenheit aber auch den Bildungshintergrund zurückzuführen. Armutsbetroffenheit, fehlende Aufklärung und Bildung aber auch Sprach- und Verständigungsprobleme haben Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation und die Inanspruchnahme von Vorsorgeleistungen des Gesundheitswesens. In der ersten Generation der Zuwanderer sind darüber hinaus die gesundheitlichen Folgen jahrelanger, körperlicher anstrengender Arbeit in der Industrie festzustellen, weshalb ein besonderes Augenmerk auf die soziale und gesundheitliche Versorgung der immer größer werdenden Gruppe der älteren Migranten und Migrantinnen in Oldenburg gelegt werden muss. Die Einrichtung eines interkulturellen Seniorenbüros durch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) im Kennedyviertel ist daher sehr zu begrüßen. Das Projekt des DRK wird erst mit kommunalen Mitteln ermöglicht.

In Oldenburg ist der Anteil der Migranten und Migrantinnen, die 65 Jahre und älter sind zwischen 2001 und 2007 um 26 Prozent gestiegen. Es kann auch in Migrantenfamilien festgestellt werden, dass nicht alle ihre Eltern im Alter betreuen und pflegen können. Das bedeutet, dass auch für ältere Migrantinnen und Migranten Wohn- und Pflegeformen geschaffen werden müssen, mit denen sie ihre Unabhängigkeit von familiären Strukturen wahren können.

In der interkulturellen Seniorenberatungsstelle werden Migrantinnen und Migranten in ihrer jeweiligen Muttersprache über



bestehende Möglichkeiten der Alten- und Gesundheitshilfe beraten und können sich auch über ausländer- und sozialrechtliche Fragen aufklären lassen. Darüber hinaus ist das Projekt Mitglied im Netzwerk der Altenhilfe, das sich die Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten und niedrigschwellige Qualifizierungsangebote, etwa als Kultur- und Pflegeeltern, zum Ziel gesetzt hat. Hier ist eine engere Zusammenarbeit mit der städtischen Agentur inForum beabsichtigt.

Nach über einem Jahr kann festgestellt werden, dass sich die interkulturelle Seniorenberatungsstelle gut bewährt hat und langfristig erhalten werden sollte.

Zur Verbesserung der Angebote im Gesundheits- und Pflegedienst für Migranten und Migrantinnen wird durch die Stabsstelle Integration an die Träger von Kliniken, Seniorenheimen und Pflegediensten herangetragen, sich im Zuge des demographischen Wandels interkulturell zu öffnen und zum Beispiel mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund einzustellen. Diese können eine wichtige Brückenfunktion zu anderen Migranten und Migrantinnen, so zum Beispiel Senioren oder Patienten mit Migrationshintergrund, übernehmen. Es ist daher auch zu begrüßen, dass seit dem 01.06.2010 Oldenburg über einen privaten kultursensiblen Pflegedienst verfügt (nähere Informationen zum Pflegedienst können unter www.alma-pflege.de abgerufen werden).

Sport

Da die Vereine keine Angaben über die Staatsangehörigkeit oder Herkunft ihrer Mitglieder erheben, ist der genaue Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen in Oldenburg nicht bekannt, aber ausgehend von den bundesweiten Schätzungen kann angenommen werden, dass er eher niedrig ist. Eine Ausnahme bilden in Oldenburg die migrantischen Sportvereine FC Medya und der Türkische Sportverein (TSV).¹⁵

Sowohl der FC Medya als auch der TSV leisten im Rahmen ihrer Vereinstätigkeit seit Jahren viel Integrationsarbeit und sollten daher bei

ihren Bemühungen um eine Vereinsstätte unterstützt werden.

Ob das Wohnumfeld eigenethnisch geprägt oder mehrheitlich deutsch ist, ist nicht ausschlaggebend für die sportliche Betätigung. Dagegen haben die Faktoren Bildungsstand und Alter deutlichen Einfluss auf die sportliche Betätigung. Je höher der soziale Status der Familie ist, desto häufiger wird in der Freizeit Sport getrieben.

Das Sporttreiben bietet über den gesundheitlichen Aspekt und der körperlichen Entwicklung hinaus viele Möglichkeiten der

sozialen Integration, weshalb die Integration von Migranten und Migrantinnen in Sportvereine gefördert werden sollte. Viele Vereine in Oldenburg sind für das Thema Integration von Menschen in Oldenburg sensibilisiert und darum bemüht, ihren Anteil an Mitgliedern mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Zukunftsweisend und besonders hervorzuheben sind die Aktivitäten der Vereine, die sich an dem Mädchenfußball-Projekt „MICK“ und des Forschungsprojekts „Aktionsbündnis Migration&Mobilität – Für mehr Bewegung im sozialen Raum“ beteiligen. Ziel des bundesweit sehr erfolgreichen Projekts „MICK“ ist insbesondere die Förderung und Integration von Mädchen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen dieses Projektes hat der Türkische Sportverein Oldenburg bundesweit als erster migrantischer Sportverein eine Mädchenmannschaft gegründet. Derzeit ist der Verein dabei, eine Frauen-Fußballmannschaft aufzubauen. Durch das MICK-Projekt konnten viele Mädchen mit einem Migrationshintergrund für den Sport und die Vereine gewonnen werden. Die sportlichen Aktivitäten der Mädchen wirken sich deutlich positiv auf ihre Lebenssituation und ihre Perspektiven aus. Das Projekt „Aktionsbündnis Migration & Mobilität“ der Universität Oldenburg bietet Bewegungsangebote für Frauen mit Migrati-



¹⁵ Gegenwärtig variieren die Schätzungen über den Organisationsgrad von Migranten in deutschen Sportvereinen zwischen 5 und 10 Prozent. Im Gegensatz dazu sind etwa 30 Prozent der Mehrheitsgesellschaft im Sport organisiert.

onshintergrund und möchte ihnen eine niedrigschwellige Integration in die deutschen Sportvereine ermöglichen. Die Angebote für die Frauen sind an die Gemeinwesenzentren gekoppelt und werden von Migrantinnen sehr gut in Anspruch genommen.

Hervorzuheben ist auch das Projekt „Bildung durch Boxen“ des Vereins für den Boxsport Oldenburg e.V. Der Verein möchte durch das Projekt gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichen und im Rahmen der sportlichen Förderung auch ihre Bildungschancen erweitern. Ein weiteres Ziel des Vereins ist es, neben den männlichen Jugendlichen auch die weiblichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erreichen und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Der Verein ist Mitglied des Arbeitskreises „Sport, Gesundheit und Migration“.

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Migranten und Migrantinnen und ihrer Partizipation in Sportvereinen hat die Stabsstelle Integration gemeinsam mit der Koordinatorin des Aktionsbündnisses „Migration und Mobilität“ den Arbeitskreis „Sport, Gesundheit und Migration“ gegründet. Dem Arbeitskreis gehören Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von themengebundenen Projekten, städtische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vom Gesundheits-, Sport- und Jugendamt, Sportvereine, Migrantenorganisationen, Vertreter und Vertreterinnen von Krankenhäusern und Krankenkassen an.

Die beteiligten Institutionen verfolgen vorrangig das Ziel, Sport- und Gesundheitsangebote für Menschen mit Migrationshinter-

grund in benachteiligten Lebenslagen auszuarbeiten beziehungsweise zu verbessern und nachhaltige Strukturen zu bilden. Langfristig soll der Arbeitskreis ein Gremium darstellen, das regionale politische Entscheidungsprozesse berät und durch die Verbindung von Wissenschaft und Praxis den Erkenntnisgewinn auf beiden Seiten befördert.

Damit benachteiligte Migranten und Migrantinnen von den gesundheitlichen Regel- und Vorsorgeangeboten besser Gebrauch machen und durch einzelne Projekte wie zum Beispiel das städtische Projekt „GUSTL“ besser erreicht werden können, werden Materialien zur gesundheitlichen Aufklärung in verschiedenen Migrantensprachen durch die Stabsstelle Integration aufbereitet und in Form einer Mappe zusammengestellt. Dabei wird die Stabsstelle durch die Koordinierungsstelle „Migration und Mobilität“ unterstützt. Auch wird im Rahmen des Arbeitskreises „Sport, Gesundheit und Migration“ eine Datenbank über fremdsprachige Angebote in den Gesundheitsdiensten (Ärzte, Psychologen, Therapeuten, Hebammen und so weiter) in Oldenburg und Umgebung erstellt, die dann durch die Stabsstelle gepflegt werden soll.

5.3 Interkulturelle Öffnung der Regelangebote

Um Berührungspunkte gegenüber Behörden und Hilfsangeboten abzubauen und zu gewährleisten, dass Informations- und Beratungsleistungen für Migranten und Migrantinnen auch ausreichend in Anspruch genommen werden, sollten sie möglichst

früh ansetzen und niedrigschwellig gestaltet sein. Hilfreich sind hierbei Maßnahmen und Aktivitäten, die schnell umgesetzt werden können. Zu diesem Zweck wird im Rahmen einer neuen Maßnahme Integrationsberatung durch die Migrationsberatungsstellen direkt im Neuen Rathaus angeboten. Durch die engere Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern des Ausländerbüros und den Migrationsberatungsstellen sollen außerdem einzelne schwierige ausländerrechtliche Fälle besser und schneller geklärt werden.

Mit diesem neuen Angebot soll zugleich auch die Kundenorientierung des Ausländerbüros gestärkt werden.

Positiv ist im Zusammenhang mit dem Ausländerbüro anzumerken, dass im Oktober 2008 alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an

einer Trainingsmaßnahme zu interkulturellen Kompetenzen teilgenommen haben.

Im Zuge der interkulturellen Öffnung von Verwaltungsstrukturen gilt es, neben einer gezielten Erhöhung des Migrantenanteils und des regelmäßigen Angebots an interkulturellen Fortbildungen für städtische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, **ausgewählte Inhalte der städtischen Internetseiten, wichtige Information und Broschüren der Stadtverwaltung in die wichtigsten Migrantensprachen zu übersetzen.**

Gegenwärtig sind die in Oldenburg am häufigsten gesprochenen Migrantensprachen Arabisch, Kurdisch, Russisch und Türkisch. Hierdurch können wichtige Informationen Migranten und Migrantinnen mit sprachlichen Schwierigkeiten besser zugänglich



gemacht werden. Zugleich haben solche Übersetzungen eine wichtige Signalwirkung auf Migranten und Migrantinnen und schaffen Vertrauen.

Auch bei der Verwendung von Bildmaterialien für städtische Veröffentlichungen (zum Beispiel Plakate, Broschüren) soll darauf geachtet werden, die **Bevölkerungsvielfalt in Oldenburg zu berücksichtigen**. Dadurch kann die Akzeptanz gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung gefördert werden. Zugleich können Migranten und Migrantinnen durch diese Darstellungen auch stärker angesprochen und erreicht werden.

5.4 Segregation im Stadtteil

In einigen Stadtteilen Oldenburgs sind ethnische und soziale Segregationsprozesse festzustellen. Für Neu-Zuwanderer und Zuwanderinnen kann das Wohnen in ethnisch segregierten Wohnquartieren eine Hilfe und Unterstützung beim Einleben in ihrem neuen Lebensumfeld sein und sollte deshalb nicht per se durch Quotierungen und diskriminierende (Wohnungsvergabe-)Praktiken verhindert werden. Ethnische Segregationsprozesse entstehen aber überwiegend unfreiwillig, haben unterschiedliche Ursachen und fallen oftmals mit sozialen Segregationsprozessen in Quartieren zusammen.

Soziale Segregationsprozesse sind

a) Folge sozialer Polarisierung in der Gesellschaft. Immer breitere Bevölkerungsschichten sind seit den achtziger Jahren von Armut betroffen. Sie leben bereits segregiert in bestimmten Wohngebieten bzw. sind auf bestimmte Segmente des Wohnungsmarktes angewiesen, die an weniger attraktiven Standorten angesiedelt sind. Davon sind oftmals auch Migranten und Migrantinnen aufgrund ihrer finanziellen Situation und aufgrund von Diskriminierungen auf dem freien Wohnungsmarkt betroffen.

b) Folge selektiver Wanderungsprozesse. Haushalte, die über ausreichendes soziales und ökonomisches Kapital für einen Wohnungswechsel verfügen, ziehen immer mehr aus den als problembelastet und unattraktiv geltenden Stadtvierteln weg. Dies gilt

auch für gut situierte Migrantenhaushalte. Erst durch diesen Prozess der sozialen Entmischung verstärkt sich die räumliche Konzentration ärmerer Bevölkerungsgruppen.

Schwierige Wohnbedingungen, schlechtere Infrastruktur, enger werdende soziale Netze, geringere Austauschprozesse, konfliktträchtige Nachbarschaften und ein negatives Stadtteil-Image schränken potentiell die Handlungsmöglichkeiten der von sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppen weiter ein.

Das Wohnen in einem benachteiligten Quartier kann somit eine zusätzliche Benachteiligung darstellen und zu einer Verfestigung des unterprivilegierten Status' dieser Gruppen führen.

Um sozialen Entmischungsprozessen in Stadtteilen entgegen zu wirken, sollten deshalb die folgenden zentralen Ziele verfolgt werden:

- Stabilisierung und Aufwertung der sozial benachteiligten Quartiere, zum Beispiel durch Institutionen und Einrichtungen, die auch für Mittelschichtsangehörige attraktiv sind und Abwanderungsprozessen entgegenwirken. Eine weitere Abwärtsentwicklung solcher Gebiete ist zu verhindern, damit aus ihnen nicht 'benachteiligende Quartiere' werden.
- Die Lebenschancen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der dort Wohnenden sind durch quartiersbezogene Maßnahmen zu verbessern. Damit wird zugleich ein Beitrag zur Integration von Migranten und Migrantinnen geleistet.

Im Frühjahr 2009 wurde Kreyenbrück-Nord in das Programm 'Soziale Stadt' aufgenommen. Im Rahmen dieses Programms werden Fördergelder für Gebiete zur Verfügung gestellt, in denen der Bedarf an baulichen, städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen besonders groß ist. In Kreyenbrück-Nord werden deshalb in den nächsten Jahren Maßnahmen zur Modernisierung der Wohngebäude, der Erneuerung des privaten Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes sowie zur Verbesserung des Freizeitangebotes umgesetzt. Für die Betreuung der Sanierung und die Koordination des Verfahrens und der Maßnahmen ist das im Sommer 2009 eingerichtete Quartiersmanagement zuständig. Dieses setzt sich zusammen aus einem externen Sanierungsberater, dem



Stadtteiltreff sowie aus Vertretern der Stadt Oldenburg aus den Fachdiensten Städtebau und Stadterneuerung, Stadtgrün, Verkehrsplanung, Jugendamt, Sozialamt und der Stabsstelle Integration.

Wie im Verfahren zum Sanierungsgebiet Kennedy-Viertel erfolgreich erprobt, ist auch in Kreyenbrück ein Sanierungsbeirat eingerichtet worden.

5.5 Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements

Da oftmals Sprachschwierigkeiten der Migranten und Migrantinnen ein Hindernis im Kontakt mit Behörden und Institutionen darstellen, finanziert das Land seit 2005 die Qualifizierung von Integrationslotsen und Lotsinnen. Die Integrationslotsen und -lotsinnen engagieren sich ehrenamtlich in Schulen, Behörden, Kindergärten, Vereinen, im Gesundheitsbereich und anderen sozialen Bereichen und begleiten Migranten und Migrantinnen. Inzwischen sind in Oldenburg über 60 Integrationslotsen und -lotsinnen aktiv. Für die Betreuung und Koordinierung der Integrationslotsen und -lotsinnen wurde die Koordinierungsstelle „Integrationslotsen“ eingerichtet. Die Koordinatorin ist für die Qualifizierung und Akquise der Integrationslotsen und -lotsinnen zuständig. Da im Rahmen des Landesprogramms keine Finanzierung der Koordinierung vorgesehen ist, wird aus dem Budget der Stabsstelle Integration die Koordinierungstätigkeit an der VHS mit 6.000 Euro jährlich unterstützt. Die Koordinatorin vermittelt die Integrationslotsen und -lotsinnen an

Institutionen/Einrichtungen eigenständig und in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten. Einige der Integrationslotsen und -lotsinnen haben sich zu Bildungspaten und -patinnen spezialisieren lassen. Derzeit werden im Rahmen des Landesprogramms Spezialisierungsmodule zu Eltern- und Gesundheitslotsen konzipiert. Diese sollen Unterstützung im Bildungs- und Gesundheitsbereich leisten.

Ein vorrangiges Ziel sollte es sein, die bereits bestehenden Lotsen- beziehungsweise Patenschaftsmodelle zu stärken und sie so zu gestalten, dass benachteiligte Migranten und Migrantinnen und deren Kinder durch diese Modelle effizienter erreicht und unterstützt werden können. Dies geschieht zum einen durch eine enge Zusammenarbeit



der verschiedenen Träger der Modelle, da dadurch sinnvolle Verknüpfungen/Ergänzungen zwischen den Projekten und den Teilnehmern und Teilnehmerinnen möglich sind, zum anderen aber auch durch Ehrenamtliche, die selber einen Migrationshintergrund haben bzw. die wichtigsten Migrantsprachen (Kurdisch, Arabisch, Türkisch, Russisch) sprechen.

Um die Potentiale von Migranten und Migrantinnen in der Stadt Oldenburg, die bereit wären, sich ehrenamtlich zu engagieren, noch besser ausschöpfen zu können, ist das Team der Agentur :ehrensache durch eine Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund gestärkt worden. Diese wird mit einer halben Stelle die gezielte Akquise und Betreuung von Migranten und Migrantinnen gewähr-

leisten, die sich ehrenamtlich engagieren wollen beziehungsweise dies bereits tun. Für den erfolgreichen Verlauf von Projekten mit Ehrenamtlichen sind die Kontinuität in der persönlichen Beratung sowie die passgenaue Vermittlung zu den Institutionen beziehungsweise Personen unerlässlich.

Darüber hinaus kann mit solch einer Stelle die Öffentlichkeitsarbeit für die Tätigkeit der Integrationslotsen und -lotsinnen verbessert werden, was zugleich auch eine bessere Würdigung ihres Engagements bedeutet.

5.6 Förderung einer Toleranzkultur – Bekämpfung von Rassismus

Identifikation mit der Stadtgesellschaft und (interkulturelle) Verständigung wird durch gegenseitige Akzeptanz erzeugt. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind in keiner Weise mit den Grundsätzen einer humanen und friedlichen Stadtgesellschaft zu vereinbaren und dürfen daher nicht toleriert werden. Die Basis für alle Verständigungsprozesse ist die Orientierung an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ein respektvoller gegenseitiger Umgang mit kulturellen und religiösen Anschauungen. Hierbei liegt dem Kulturbegriff ein dynamisches Verständnis zugrunde, das nicht notwendig an Nationen oder Ethnien gebunden ist. Die Lebensstile in modernen Gesellschaften differenzieren sich immer weiter aus, so dass es eine für alle verbindliche (Dominanz-)Kultur in den jeweiligen Nationalstaaten nicht mehr gibt. Moderne Gesellschaften sind unumkehrbar ethnisch und sozial heterogen. Die

Geschichte klassischer Einwanderungsländer verdeutlicht, dass ein toleranter Umgang mit gesellschaftlicher Diversität eine wichtige Voraussetzung für Entwicklungs- und Innovationsprozesse darstellt.

Zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sind ressort- und institutionsübergreifend ein entschiedener Umgang mit diskriminierenden und rassistischen Praktiken und ein Abbau von Vorurteilen notwendig.

Zur Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)¹⁶ wurde im März 2007 innerhalb der Stadtverwaltung eine Beschwerdestelle benannt, die zuständig ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Oldenburg. Diese Aufgabe hat die Leiterin des Amtes für Personal- und Verwaltungsmanagement übernommen.

Weitere geplante Maßnahmen

- Nichtstädtische Akteure und Unternehmen, die nachweislich diskriminierend vorgegangen sind, sollen über die rechtlichen Konsequenzen ihres Vorgehens nach dem AGG in Kenntnis gesetzt und die Opfer über ihre rechtlichen Möglichkeiten aufgeklärt werden. Hierbei verfolgt die Stabsstelle Integra-

tion eine enge Zusammenarbeit mit den Anti-Diskriminierungsstellen an der Universität Oldenburg und bei IBIS e.V.

- Es wird ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen dem Präventionsrat Oldenburg und der Stabsstelle Integration in der Durchführung von Maßnahmen und Projekten liegen, die ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung und Rassismus setzen und die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren sollen. Dem Präventionsrat Oldenburg gehören eine Vielzahl von städtischen und nichtstädtischen relevanten Institutionen und Personen an, durch deren Zusammenwirken weitreichende Maßnahmen erzielt werden können.
- Es sind in Kooperation mit dem Kulturbüro zur Förderung einer Toleranzkultur Bildungs- und Öffentlichkeitsveranstaltungen durchzuführen beziehungsweise zu fördern, die für den interreligiösen Dialog förderlich sind. Hierbei gilt es alle relevanten Glaubensgemeinschaften als Mitorganisatoren anzusprechen und ein kooperierendes Netzwerk der Religionen in Oldenburg aufzubauen. Hilfreich für den interreligiösen Dialog und für die Förderung einer Toleranzkultur gegenüber unterschiedlichen Glaubensbekenntnissen können Unterrichtsangebote an den Grundschulen zu nichtchristlichen Religionen sein.¹⁷ Ein Beispiel hierfür ist das Modellvorhaben zum islamischen Religionsunterricht an

¹⁷ Hierbei sollte allerdings auf die vorhandenen Qualifikationen der Lehrperson ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

der Grundschule Bloherfelde. Die Schule hat damit auf den Wunsch vieler muslimischer Eltern im Stadtteil reagiert.

- Es sind in Kooperation mit dem Kulturbüro Bildungs- und Öffentlichkeitsveranstaltungen durchzuführen, die Neugierde und Interesse für kulturelle Vielfalt wecken und Rahmenbedingungen dafür herstellen, in denen Wissen über andere Kulturen und Länder erworben werden kann und/oder streitbare Themen aufgegriffen werden.
- Es sollten Migrantenorganisationen bzw. Einzelpersonen mit Migrationshintergrund in kulturelle Bildungsangebote eingebunden werden, da hier Wissen aus erster Hand vermittelt werden kann. Zugleich haben Minderheiten hierdurch die Möglichkeit, aktiv auf ihre Potentiale und Ressourcen aufmerksam zu machen und ein anderes Selbstverständnis über ethnische Minderheiten zu vermitteln.

- Die Stadt wird jährlich den mit insgesamt 6.000 Euro dotierten (gestaffelt auf den 1.-3. Preis) Integrationspreis ausschreiben, um Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen einen Anreiz dafür zu schaffen, sich mit Projekten/ Aktivitäten zum Abbau von Vorurteilen und Benachteiligung zu engagieren. Die Preissummen sollen in die Projekte einfließen, dadurch kann ein Mehrwert der Projekte erzielt werden.
- Es sind zum Abbau von wechselseitigen Vorurteilen, nachbarschaftliches Zusammenleben und das Engagement für das Gemeinwesen zu stärken. Deshalb sollten gerade auf Stadtebene Anlässe für interkulturelle Begegnungen geschaffen werden, um Kooperation an gemeinsamen Interessen festzumachen und Konflikte einvernehmlich austragen zu lernen.



Ein Beispiel für Projekte auf Stadtteil-ebene sind die „Interkulturelle Gärten“ in Oldenburg. Der erste Interkulturelle Garten in Oldenburg wurde im Frühjahr 2009 auf dem Gelände der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde (ZAAB) in Blankenburg zusammen mit Flüchtlingen¹⁸ eingerichtet. Weitere folgten im Stadtteil Kreyenbrück, im Kennedyviertel und im Rahmen der Oldenburger Traumgärten. Die Gärten sind insbesondere in Kreyenbrück und im Kennedyviertel auf großes Interesse bei den Bewohnern und Bewohnerinnen gestoßen und es haben sich für sie neue interethnische Kontakte ergeben. Interkulturell sind die Gärten in Oldenburg, weil die Bewohnerschaft der Quartiere heterogen ist und Menschen aus ganz verschiedenen Kulturen und Nationen gemeinsam in den Gärten arbeiten. Durch die ungezwungene Atmosphäre in den Gärten fällt es den Teilnehmern und Teilnehmerinnen leichter aufeinander zuzugehen und neue Kontakte zu knüpfen. Darüber hinaus bekommen sozial Benachteiligte und Arbeitslose durch die Interkulturellen Gärten eine eigenverantwortliche Aufgabe und eignen sich Wissen über ökologischen

Anbau an. Fehlende Sprachkenntnisse stellen dabei kein schwerwiegendes Hindernis dar. Die Gärten werden von einer Person koordiniert und angeleitet, deren Stelle durch die Stabsstelle Integration gefördert wird.

Weitere Beispiele für Veranstaltungen beziehungsweise Projekte in Oldenburg, die den interkulturellen Austausch fördern sollen: Erstellung eines Interkulturellen Stadtführers für Oldenburg, Mehrsprachige Lesungen in Kooperation mit dem Frauenbüro, Fußballturnier „Vielfalt gewinnt!“, Fernsehsendungen auf O1 zu integrationsspezifischen Themen.

- Die Gemeinwesenarbeit und die Jugend- und Begegnungsstätten in den Stadtteilen verfolgen mit ihren Angeboten die Stärkung des Gemeinwesens. Neue stadtteilbezogene Projekte, die durch die

Stabsstelle Integration initiiert werden, knüpfen an den Ansätzen der Gemeinwesenarbeit und der Jugend- und Begegnungsstätten an und werden in enger Kooperation mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen vor Ort durchgeführt. Die Gemeinwesenzentren sind für viele Bewohner und Bewohnerinnen mit und ohne Migrationshintergrund mittlerweile als Anlauf- und Begegnungsstätte unerlässlich geworden. Ihre Arbeit muss deshalb weiterhin unterstützt und gegebenenfalls personell gestärkt werden.

5.7 Erstellung eines Integrationsmonitors

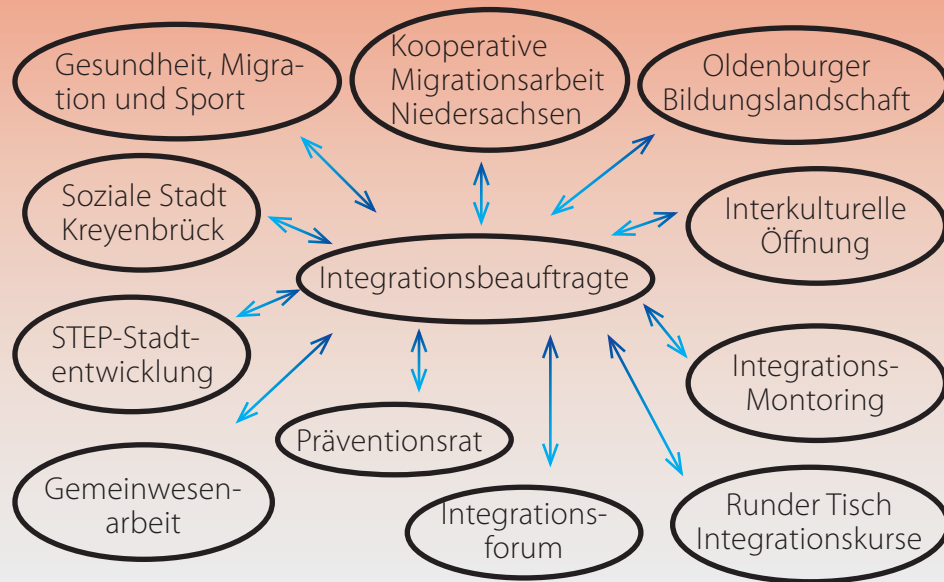
Um einen Gesamtüberblick über die strukturelle Integration von Migranten und Migrantinnen zu erstellen und die Effektivität von Maßnahmen und Projekten zu überprüfen, wird ein jährlicher Integrationsbericht durch die Stabsstelle für Integration herausgegeben. Für den Vergleich der Lebenslagen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfeplanung und der Statistikstelle Oldenburg ein einheitliches Set von Indikatoren entwickelt worden. Dieses Kennzahlenset dient der kleinräumigen Berichterstattung, die künftig Sozialdaten, Bildungsdaten und Jugendhilfedaten als Grundlage einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung verknüpfen soll. Die Ergebnisse zu Menschen mit Migrationshintergrund beziehungsweise zu Menschen mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit werden in den Integrationsmonitor einfließen. Darüber hinaus werden in dem Integrationsmonitor Evaluationsergebnisse von relevanten Projekten berücksichtigt. Durch die regelmäßige Erhebung von ausgewählten statistischen Kennzahlen sollen Einflussfaktoren von Integrationsprozessen verfolgt und Handlungsempfehlungen für die Politik formuliert werden.

¹⁸ Generell ist die Stabsstelle Integration stets darum bemüht, Flüchtlinge in Aktivitäten und Projekte vor Ort einzubeziehen und Projekte für die Flüchtlinge zu fördern. Ein weiteres Beispiel dafür ist das Fußballturnier „Vielfalt gewinnt!“ an dem auch Flüchtlinge aus Blankenburg teilgenommen haben. Dadurch soll ein wechselseitiger Austausch mit den Flüchtlingen aus Blankenburg ermöglicht werden.



5.8 Schaubild über regelmäßige Beteiligungsgremien der Stabsstelle Integration

Mitgliedschaft in Arbeitskreisen/Lenkungsgruppen



53°8'N 8°13'0

WWW.OLDENBURG.DE